

# Politische Berichte



*Vermittlungsausschuss: „Echte Annäherung“ beim Thema Niedriglohn* ➔ S. 3

*Hamburg: Neuwahlen unter schwierigen Vorzeichen* ➔ S. 5

*EU-Regierungskonferenz uneins über Abstimmungsmodus* ➔ S. 7

*Leitbild Köln 2020 – Konkurrenz der Städte keine soziale Motivation* ➔ S. 11

*Es ist Zeit, dass wir uns quer stellen – Ein Bericht aus Hannover* ➔ S. 15

*Programmdiskussion in der SPD: Undifferenziertes Staatsverständnis interessengeleitet* ➔ S. 18



# Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
— ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christopher Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 . Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90 ), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80 ). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 , Sozialabo: 46,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

# Politische Berichte

— zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen  
o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)  
o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 )  
o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 )  
o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 )  
o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. .....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....  
Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## IN BERLIN

**KEINE ENTSCHEIDUNG.** „Die Klage ist zulässig, jedoch unbegründet“, so urteilte das Landgericht Bonn am 10. Dezember über die Klage der Varvarin-Opfer. Die Nato hatte 1999 während des Krieges gegen Serbien eine Brücke bei der Ortschaft Varvarin bombardiert und dabei 10 Zivilisten getötet; weitere 17 wurden schwer verletzt. Angehörige der Opfer hatten gegen die Bundesrepublik Deutschland als Nato-Mitgliedsstaat auf Schadensersatz geklagt. Das Gericht bejahte seine Zuständigkeit, was schon einmal ein gewisser Erfolg der Klage darstellte. Allerdings könnten Einzelpersonen nicht Staaten wegen Völkerrechtsverstößen, die diese untereinander begangen hätten, verklagen. Deshalb müsste das Gericht auch nicht prüfen, ob eine solche Völkerrechtsverletzung überhaupt stattgefunden habe. Zwar habe diese klassische Auslegung des Völkerrechts, die Individuen können nur das „Medium“ Staat ihre Rechte einklagen, eine Modifikation erfahren: Staaten, die der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten beigetreten sind, würden auch dem Einzelnen verschiedene Rechte einräumen, die einen einklagbaren Anspruch ergeben (das Recht auf Leben insbesondere). Da Jugoslawien zum Zeitpunkt des Krieges aber nicht diese Konvention unterzeichnet habe, könnten sich die Kläger nicht darauf berufen. Auch die verschiedenen Abkommen zum Schutz der Zivilbevölkerung bei Kriegen (Haager Landkriegsordnung, Genfer Abkommen) wären immer nur Vereinbarungen zwischen Staaten – darauf hatte schon der Bundesgerichtshof bei dem Urteil über Massaker deutscher Soldaten in Griechenland während des Zweiten Weltkrieges sich zurückgezogen (Distomo-Urteil).

Die Anwälte der Kläger kündigten Revision an. „Wir hoffen, dass die anderen Instanzen das Völkerrecht in einer moderneren Weise interpretieren werden“, erklärte Anwalt Heinz-Jürgen Schneider. Seine Kollegin Gür Pinar kritisierte, die Bundesregierung tue nichts, um unschuldigen Kriegsopfern zu Rechtsansprüchen zu verhelfen.

**AUFTRAGSARBEIT.** Der ganz große Wurf sollte es werden, die ganz große Aufklärung. Nach einem Jahr Recherchen legte Professor Christian Tomuschat am 8. Dezember sein Gutachten über das Verschwinden von 16 Betriebsräten im Mercedes-Werk González Catán am Beginn der argentinischen Militärdiktatur in den Jahren 1976/77 vor. Dafür wählte er nicht wie ein unabhängiger Experte seinen Arbeitsplatz, die Berliner Humboldt-Universität, sondern die Kulisse seines zahllenden Auftraggebers, die Konzernzentrale von DaimlerChrysler in Stuttgart. Kernfrage war die Verantwortung der Mercedes-Werksleitung für die Entführung, Folterung und Ermordung der Be-

triebsräte, insbesondere die Mitschuld des damaligen Produktionsleiters Juan Tasselkraut. Der Hauptbelastungszeuge Héctor Ratto, selbst 16 Monate lang gefolterter aber der Ermordung entgangener Mercedes-Betriebsrat, hat seit 1999 mehrfach ausgesagt, wie Tasselkraut in seinem Beisein am 12. August 1977 die Adresse seines Kollegen Diego Núñez an die Militärs verriet. In der selben Nacht wurde Núñez aus seiner Wohnung und in das Folterzentrum Campo de Mayo verschleppt und später ermordet. Für Tomuschat sind Rattos Schilderungen schlicht unglaublich. „Eine halbe Stunde“ habe er mit diesem wichtigsten Zeugen gesprochen, „aber nicht alle Aussagen fürbare Münze genommen.“

Die in Argentinien arbeitende deutsche Journalistin Gaby Weber, die den Fall 1999 ans Licht brachte und ihn seit dem verfolgt, sorgte sich schon bei Tomuschat Kurzbesuchen in Argentinien im März und August 2003 über dessen eingeschränkte Recherchetaufe. Schlagenden Beweis, wie begründet diese Sorge war, lieferte Tomuschat am Montag auf Nachfrage selbst: Ein zweiter Belastungszeuge gegen die Mercedes-Leitung hatte sich vor wenigen Monaten bei Weber gemeldet, die darüber publizierte und ein Gespräch zu vermitteln suchte. Der deutsche Professor nahm dies nicht zur Kenntnis. „Von Alfredo M. weiß ich nichts“, beschied er den Journalisten.

Weitere Ungereimtheiten türmen sich im Bericht des Gutachters. So berichtet Ramón Segovia von der Gruppe „Ehemalige Mercedes-Benz-Arbeiter für Erinnerung und Gerechtigkeit“: „Wir haben Tomuschat angeboten, mit ihm in die Fabrik zu gehen und ihm zu zeigen, wo unsere Arbeitskollegen von Militärs verschleppt wurden. Das war für uns sehr wichtig, doch Tomuschat hat das rundweg abgelehnt.“ Stellungnahme des Professors auf Nachfrage am Montag: „So ein Angebot habe ich nie bekommen.“

Die professorale Segnung für DaimlerChrysler steht seit Montag dennoch schwarz auf weiß. Es existierten „keinerlei Belege“ dafür, schreibt Tomuschat als wichtigstes Ergebnis, dass die „verschwundenen Betriebsangehörigen von MBA auf Betreiben der Unternehmensleitung von den staatlichen Sicherheitskräften verschleppt und ermordet worden wären.“ Die Chefs des Konzerns möchten den Fall denn auch zu den Akten legen. Einen Strich durch diese Rechnung dürften ihnen zwei amerikanische Anwälte machen, die derzeit im Auftrag der Angehörigen der Ermordeten eine Schadensersatzklage vorbereiten. Und US-Richter könnten sich für mehr Zeugenaussagen interessieren als Professor Tomuschat.

Henry Mathews, Kritische Aktionäre

**Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 18. Januar. Wir wünschen erholsame Feiertage.**

Politische Berichte im Internet: [www.gnn-archiv.staticip.de](http://www.gnn-archiv.staticip.de)

**Für Kommunen und Lohnabhängige bedeutet das Vermittlungsergebnis von Bundestag und Bundesrat nichts Gutes**

# „Echte Annäherung“ beim Thema Niedriglohn

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat in der Nacht von Sonntag auf Montag ein politisches Ergebnis erzielt. Bei Redaktionsschluss lagen die formulierten Gesetze noch nicht vor, die am 19.12. im Bundestag und im Bundesrat verabschiedet werden sollen. Da der Teufel oft im Detail liegt, kann hier noch mehr Unglück verborgen sein, als vorerst bekannt ist. Aber schon das, was bekannt ist, bedeutet für die Lohnabhängigen – gleichgültig, ob beschäftigt oder arbeitslos – und für die Kommunen nichts Gutes.

Die aus vielerlei Gründen dringend zu wünschende strukturelle Umverteilung staatlicher Mittel, weg vom Bund, hin zu den Kommunen, findet erneut nicht statt. Die seit vielen Jahren fortschreitende Zentralisierung staatlicher Mittel beim Bund und das finanzielle Ausbluten der Kommunen gehen statt dessen weiter. Der große Anlauf zur Reform der Gewerbesteuer ist gescheitert. Übrig geblieben ist eine Änderung der Gewerbesteuerumlage zu Gunsten der Kommunen, angeblich in Höhe von 2,5 Milliarden Euro im Jahr. Das reicht nicht, um den Kommunen wieder angemessene Investitionen zu ermöglichen, und schon gar nicht, um den ständigen Abbau kommunaler Dienstleistungen zu stoppen. Der Privatisierungsdruck bleibt erhalten, der auch konjunkturpolitisch wünschenswerte kommunale Investitionsschub wird nicht einsetzen.

Der jetzt getroffene „Kompromiss“ bei der Gewerbesteuerumlage war von der Union schon lange gefordert worden, um die Forderung nach Ausbau der Gewerbesteuer zu unterlaufen. Es brauchte nicht viel Druck aus der Union, um die rot-grüne Bundesregierung, in der ohnehin finanzpolitische Zentralisten dominieren, zu diesem „Kompromiss“ zu nötigen. Städte und Gemeinden sind erneut die Geprellten in diesem Gefecht.

Beschlossen ist eine Reform der Handwerksordnung. Der Meisterbrief wird in Zukunft nicht mehr in allen Bereichen Voraussetzung für die Gründung eines Handwerksbetriebs und das Anbieten handwerklicher Dienste sein. Damit kommen

Regierung, Union und FDP einem langen Druck der EU nach, auch aus den EU-Beitrittsländern, deren Beschäftigte und Gewerbetreibende auf die EU-Märkte drängen. Aber die Reform ist auch eine Reaktion auf Änderungen im inländischen Wirtschaftsleben, wo vor allem Migrantinnen und Migranten zunehmend eigene Betriebe aufmachen und den alten Meisterzwang nicht mehr hinnehmen wollen.

Die steuerlichen Entlastungen bei Lohn und Einkommen bringen konjunkturpolitisch nicht viel, zumal nicht vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Kürzung der Pendlerpauschale und den Mehrbelastungen aus der Gesundheitsreform und den vielen Verteuerungen kommunaler Leistungen. Der steuerliche Grundfreibetrag soll geringfügig steigen, der Eingangssteuersatz von 19,9 Prozent auf 16 Prozent fallen. Wenn die derzeit verbreiteten „Beispielrechnungen“ einigermaßen stimmen, bedeutet die Reform in unteren Einkommenszonen (bis 2000 Euro brutto im Monat) Entlastungen von ca. 40 bis 50 Euro im Monat oder 4 bis 5 Prozent vom Netto. Das ist nicht wenig, aber auch nicht viel besser als ein guter

Tarifabschluss. Der tatsächliche Abgabendruck auf diese Haushalte wird kaum gesenkt, zumal nicht, wenn diese zugleich in Zukunft 10 Euro pro Arztbesuch zahlen müssen, höhere Medikamentenpreise, höhere Fahrpreise im Nahverkehr, höhere Schulkosten usw.

In den oberen Gehaltszonen und bei den Unternehmen ist die Entlastung prozentual niedriger, aber in der Summe beträchtlicher. Aber auch da überwiegt erkennbar das Gemurre. Ein Anstoß zu mehr Investitionen, wie von der Regierung erhofft, wird von dieser Reform nicht ausgehen. Schon gar nicht werden ausländische Investoren ins Land gelockt, wie Schröder öffentlich verbreitet hatte.

Zur „Gegenfinanzierung“ dieser Steuerreform rechnete die Union frühzeitig auch ihre Forderungen auf den Gebieten Kündigungsschutz und Tarifvertragsrecht. Worum es beim Kündigungsschutz geht, zeigt ein Blick ins Gesetz. Laut § 1 Kündigungsschutzgesetz ist eine Kündigung „rechtsunwirksam, wenn sie sozial ungerechtfertigt ist“. Sozial ungerechtfertigt ist sie, wenn sie nicht „verhaltensbedingt“ (betrunkener im Dienst oder ähnliches) oder durch „dringende betriebliche Erfordernisse“, also z.B. massiver Absatzrückgang oder ähnliches, begründet ist. Damit sollen Kündigungen nach Willkür des Unternehmers („hire and fire“) unterbunden werden. Diese elementare Kündigungsschutzregel gilt bisher für Unternehmen ab 5 unbefristet Beschäftigten. Die Regierung wollte künftig auch Unternehmen, die 5 unbefristet Beschäftigte plus 5 befristet Beschäftigte haben, von dem Kündigungsschutz ausnehmen. Das war Union, FDP und Wirtschaft viel zu wenig. Sie forderten, Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten von jedem Kündigungsschutz auszunehmen. Heraus gekommen ist nun eine Ausdehnung der Befreiung vom Kündigungsschutz auf alle Unternehmen mit bis zu 10 Beschäftigten. Laut DGB steigt damit die Zahl der Beschäftigten, die ohne jeden gesetzlichen Kündigungsschutz den Zu-



Demonstration am 1.11. in Berlin. Bild: Arbeiterfotografie

mutungen ihrer Chefs ausgesetzt sind, von bisher 2,8 auf künftig 5,3 Millionen Beschäftigte.

Beim Tarifvertragsrecht wollten Union und FDP angeblich „betriebliche Bündnisse“ erleichtern. Tatsächlich geht es ihnen und den Unternehmern darum, Löhne noch mehr zu senken und Arbeitszeiten noch mehr deregulieren zu können, als bisher schon in Tarifverträgen erlaubt. Die Schranken bei der Arbeitszeit z.B. – bei der IG Metall etwa derzeit mindestens 30 Stunden (siehe Opel), bei der Post maximal 48 Stunden pro Woche – sollen noch weiter nach unten und oben gelockert werden. Kampagnenartiges Arbeiten, je nach Auftragslage, mit allen damit verbundenen negativen Folgen für die Gesundheit und das Privatleben der Beschäftigten, wäre die eine Folge, noch weniger Überstundenzuschläge die zweite. Bei den Löhnen geht es schlicht und einfach darum, dass Unternehmen künftig selbst bei geltenden Tarifverträgen deutlich weniger zahlen wollen.

Dieser direkte Angriff auf das Tarifvertragsrecht und das Betriebsverfassungsrecht ist vorerst gescheitert – für wie lange, wird die Zukunft zeigen.

Dafür wächst der Druck auf die Beschäftigungen, durch den Abbau des Kündigungsschutzes, vor allem aber durch die Gesetze Hartz 3 und Hartz 4. Der Versicherungsschutz gegen sozialen Absturz infolge Arbeitslosigkeit wird durch das unverändert gebilligte Hartz-3-Gesetz dauerhaft beschädigt. Kaum ein Mensch in prekärer, unregelmäßiger Beschäftigung wird in Zukunft noch Anspruch auf Arbeitslosengeld erhalten. Verschuldung und ausweglose soziale Not werden in diesen sozialen Bereichen drastisch zunehmen. Zugleich wächst der Druck auf Arbeitslose, in Zukunft praktisch jeden von Unternehmen angebotenen Job anzunehmen, sei er auch noch so schmutzig, sei er auch noch so schlecht bezahlt.

**R**egierung und Opposition – ausgenommen vielleicht die PDS, die im Bundesrat noch eine Enthaltung der Länder Berlin und Mecklenburg-Vorpommern erreichen könnte – sind beim Thema Ausbau eines großen, mehrere Millionen Menschen umfassenden Niedriglohnsektors derzeit offensichtlich einig wie lange nicht. SPD-Verhandlungsführer Scherf hatte bereits Tage vor dem Abschluss der Verhandlungen eine „echte Annäherung“ beim Thema Niedriglohn ausgemacht.

Vor allem für jüngere Menschen – Arbeitslose unter 25 Jahren – werden in Zukunft mit dem monatelangen Entzug buchstäblich jeder Leistung „bestraft“, wenn sie auch nur eine einzige Vorgabe oder Vorschrift der Arbeitsverwaltung ignorieren – indem sie sich z.B. nicht oft genug bewerben, wenn sie angebotene Jobs ablehnen, angebliche „Qualifizierungsmaßnahmen“ usw.

Das Inkrafttreten von Hartz 4 bedeutet, dass in Zukunft alle Arbeitslosen nach einem Jahr Arbeitslosengeld-Bezug auf Sozialhilfe fallen. Die neue Sozialhilfe nennt sich nur anders. Sie heißt nun „Arbeitslosengeld II“. 345 Euro im Monat sollen dann weiterhin reichen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Zusätzlich gibt's nur noch etwas Wohngeld, um die Kosten einer „angemessenen Wohnung“ zu bezahlen. Was „angemessen“ ist, entscheidet dabei das Sozialamt. Wer also glaubt, wenigstens die Warmmiete sei gesichert, der kann und wird noch bitter enttäuscht werden.

Die Bezieher dieses neuen „Arbeitslosengeld II“ müssen künftig buchstäblich jeden angebotenen Job annehmen – ohne jede Ausnahme. Alle „Zumutbarkeits-schranken“; um die in der SPD und bei den Grünen noch lange gestritten worden war, sind im Vermittlungsverfahren ersatzlos gestrichen worden. Noch nicht einmal der ortsübliche Lohn muss gezahlt werden. Damit wird ein Markt aufgemacht, indem künftig auch qualifizierte Facharbeiter nach einem Jahr Arbeitslosigkeit zum halben Lohn oder noch weniger, auf jeden Fall weit unterhalb aller Tarifverträge, wieder in ihre alten Jobs zurück vermittelt werden können. Diese Chance werden sich viele Unternehmen nicht entgehen lassen. Widersprechen die derzeit zwei bis drei Millionen so genannten „Langzeitarbeitslosen“ einem solchen „Arbeitsangebot“, wird ihnen sofort das ALG II für 3 Monate gestrichen. Der Zwang, solche Jobs sofort zu nehmen, ist damit geschaffen.

Wer glaubt, die neue Regel werde vielleicht doch nicht so heiß gegessen, wie sie daherkommt, täuscht sich. Schon jetzt warten in der Baubranche, im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Einzelhandel und anderswo genug „Geschäftsleute“, um billigste Arbeitskräfte in jede Sorte Job zu vermitteln und dafür von den Arbeitsämtern auch noch eine „Vermittlungsgebühr“ oder PSA-Prämie einzustreichen. Auch in großen Industriebereichen wie den Automobilzulieferern wächst seit langem die Forderung nach untertariflicher Bezahlung. Nun ist das Gesetz da, das diese Schleusen öffnet.

Frei nach der alten ökonomischen Regel: „Jedes Angebot schafft sich seinen Markt“ wird ein Aufblühen untertariflicher Bezahlungen in allen Branchen, aber auch übelster, bisher nicht mehr gekannter Billigjobs die Folge dieser neuen Regelung werden. Der organisierte, massenhafte Tarifbruch, den die Gewerkschaften beim Tarifrecht und Betriebsverfassungsgesetz noch abwehren konnten, wird sich so über den Arbeitsmarkt schnell in die Betriebe ausbreiten. Zumal die Regierung schon vorher ihr Gesetz verabschiedet hatte, mit dem die Bezugszeit von Arbeitslosengeld ab 2006 massiv verkürzt wird. In die Falle des ALG II werden also schon bald viele Arbeitslose fallen ...

Die Union hatte die Zusammenlegung

von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe von Anfang an unterstützt, wollte aber den Kommunen die Verwaltung der „Langzeitarbeitslosen“ übertragen, verbunden mit der Pflicht zu massiver Anordnung von Zwangsarbeit für diese Arbeitslosen. Parkfegen, Straßenfegen, Müllabfuhr, aber auch Tütenabfüllen beim Supermarkt oder ähnliche Jobs bei Privatfirmen sollten so durch Anordnung der Kommunen in großem Stil aufleben. Vorbild der Union war und ist das „Wisconsin-Modell“, verbreitet vor allem immer wieder der hessische CDU-Chef Koch. In diesem US-Staat ist die Hilfe für Arme vor ein paar Jahren rigoros gekürzt worden, verbunden mit dem Zwang, ab sofort jeden behördlich verordneten Job anzunehmen. Der Städte- und Gemeindebund hatte noch unmittelbar vor dem Beginn des Vermittlungsverfahrens darauf hingewiesen, dass dieses angebliche „Modell“ in der Wirklichkeit furchtbare Folgen zeitigt und zudem praktisch gescheitert ist. Jeder vierte in Billigjobs vermittelte Arme sei in Wisconsin 18 Monate später wieder arbeitslos bei den Behörden aufgetaucht – von einer dauerhaften Rückführung in Arbeit konnte keine Rede sein. Gleichzeitig sei in Wisconsin

- die Zahl derer, die bei den Gemeinden um Lebensmittel betteln, um 135 Prozent gestiegen,
- die Teilnehmerzahl bei Suppenküchen um 49% gestiegen,
- die Nutzung von Notunterkünften um 53% gestiegen, die von Obdachlosenheimen sogar um 200 Prozent,
- die Inanspruchnahme von kostenloser medizinischer Nothilfe in Krankenhäusern um 100 Prozent gestiegen,
- die der unbezahlten Arztrechnungen um 82 Prozent.

Mit anderen Worten: Das „Modell Wisconsin“ ist schon lange arbeitsmarktpolitisch gescheitert, die damit verbundene soziale Not dagegen explodiert.

Trotzdem hält die Union an diesen Plänen fest und hat davon immerhin so viel durchgesetzt, dass Kommunen, die das wollen, in Zukunft die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in eigener Regie von der Bundesanstalt für Arbeit übernehmen können. Wie das praktisch aussehen wird, bleibt abzuwarten. Besser für Arbeitslose wird diese kommunale Form der Zwangsarbeit sicher nicht werden.

Das „Aufbruchsignal für den Arbeitsmarkt“, das Niedersachsens CDU-Ministerpräsident Wulff schon vor Abschluss der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss gefordert hatte und bei dem sich Regierung und Opposition trotz allen Streits am Ende einig waren, ist damit klar umschrieben. Das Vermittlungsergebnis bedeutet vor allem einen Aufbruch in Richtung Billiglohn und Zwangsarbeit.

Die soziale Kälte nimmt zu, Demokratie, Selbstbestimmung und Solidarität werden abgebaut.

riil

## Neuwahlen unter schwierigen Vorzeichen

In Hamburg finden wahrscheinlich am 29. Februar vorgezogene Wahlen zur Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen statt. Der Rechtssenat aus CDU/FDP/Schill-Partei ist endgültig auseinandergebrochen. Angebahnt hatte sich der Bruch bereits Mitte August, als Ex-Amtsrichter und Innensenator Schill Bürgermeister von Beust mit dessen angeblichen Verhältnis zu Justizsenator Kusch dreist zu erpressen versuchte. Schill wurde geschasst, aber am Bündnis mit der Schill-Partei wollte Beust unter allen Umständen festhalten. Ende September noch lehnte die Koalitionsmehrheit in der Bürgerschaft eine vorzeitige Beendigung der Legislaturperiode ab. Anfang Dezember dann, kurz vor den abschließenden Haushaltseratungen, ging alles sehr schnell. Weil der offen ausbrechende Machtkampf in der Schill-Partei nicht mehr zu kalkulieren und der Rechtssenat keine Mehrheit mehr hatte, erklärte von Beust die Koalition für beendet. In den Tagen zuvor war deutlich geworden, dass das bürgerliche Lager, voran die Springer-Presse, das Schill und sein Sammelbecken von Rechtspopulisten bis Halbfaschisten überhaupt erst aufgebaut und regierungsfähig gemacht hatte, den Unberechenbaren loswerden wollte.

Es besteht die Aussicht, einen erneuten parlamentarischen Erfolg dieser rechtspopulistischen, rechtsextremen Gruppierung zu verhindern. Das wäre nicht wenig. Die Schill-Partei, 2001 mit 19,4% geradezu triumphal in die Bürgerschaft eingezogen, ist in den Umfragewerten eingebrochen und liegt bei derzeit 2 bis max. 4%. Ihr Spaltungs- und Zerfallsprozess geht rasant weiter. Die FDP, die 2001 mit 5,1% gerade den Wiedereinzug schaffte, liegt in den Umfragen bei 3 bis 4%. Aber: Die CDU, die in Hamburg noch nie ihre bundesweiten Werte erreicht hat, ist in den Umfragen nach



Höchstens 1000 Menschen folgten am 10.12. dem Aufruf von ver.di, im Anschluss an eine Personalversammlung der LBK-Beschäftigten eine Lichterkette um das AK St. Georg, eines der Krankenhäuser des LBK, zu bilden. Inzwischen hat das Hamburgische Verfassungsgericht den Antrag von ver.di auf eine Einstweilige Anordnung, die den Verkauf vor Durchführung des Volksentscheids gegen eine Mehrheitsprivatisierung verhindern sollte, zurückgewiesen. Im Mai hatten über 110.000 Hamburgerinnen und Hamburger eine entsprechende Volksinitiative unterstützt, der rechtlich bindende Volksentscheid sollte am Tag der Europawahlen stattfinden. Zunächst hatte der Senat den Verkauf noch schnell vor dem 31.12. durchpeitschen wollen. Immerhin hat der Widerstand erreicht, dass er davor zurückgeschreckt – er muss, schreibt die „Welt“, um die Mehrheit in der Bürgerschaft fürchten.

oben geschnellt und liegt zuletzt bei 43% (2001: 26,2%). Sie scheint, gegenwärtig jedenfalls, aus der Strategie des Bürgertums, die Rechtspopulisten aufzubauen und für eine Zeit in die Regierung zu holen, den vollen Gewinn einzustreichen. Es ist deshalb nicht völlig absurd, wenn Ole von Beust als Wahlziel die absolute Mehrheit der CDU verkündet. Die SPD erreicht gerade ihre (für Hamburg schlechten) Werte von 2001 (36,5%), die GAL allerdings zieht mit rund 11% gegenüber 8,6% 2001 deutlich an. In diesen Umfragewerten haben sich Ergebnisse des Vermittlungsausschusses auf Bundesebene noch nicht niedergeschlagen. Im Hinblick auf den Wahlausgang schließt die CDU eine Koalition mit Überbleibseln

der Schill-Partei nicht aus, die GAL eine mögliche Koalition mit der CDU nicht, die SPD die Große Koalition nicht.

Die Situation und die sich abzeichnenden Konstellationen weisen auf ein erhebliches Problem, mit dem die zahlreichen sozialen und politischen Oppositionsbewegungen konfrontiert sind.

Der Rechtssenat hat in vielen Bereichen Tabula rasa angerichtet, soziale Hilfesysteme zerstört, Einrichtungen der Weiterbildung und des zweiten Arbeitsmarktes ausgetrocknet, die akzeptierende durch repressive Drogenpolitik abgelöst, die geschlossene Unterbringung für delinquente Minderjährige und Kinder wieder eingeführt, den (schon von Rot-Grün eingeführten) Brechmittel Einsatz gegen vermutete Dealer mit tödlicher Konsequenz durchgezogen, die Abschiebungszahlen in neuen Höhen getrieben, den zehn Jahre bestehenden Wagenplatz Bambule räumen lassen, Demonstrationen aus der Innenstadt verbannt und damit Oppositionsbewegungen ein wesentliches Mittel des Kampfs um die öffentliche Meinung aus der Hand geschlagen. Die Einführung eines neuen Kita-Gutscheinsystems führt dazu, dass viele Kinder keinen Kindergartenplatz mehr finden oder ihre Eltern für eine sechsstündige Betreuung 600 Euro, für eine Ganztagsbetreuung 1000 Euro zahlen müssen. Die Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), die sich durch einen geöffneten Bildungszugang für 40% Nicht-Abiturienten auszeichnet, wird abgewickelt, die Berufsschulen sollen privati-



Tausende folgten am 15.12. dem Aufruf eines großen Bündnisses von Organisationen und Einrichtungen aus dem Bildungsbereich. Vor wenigen Wochen hatte der damalige Bildungssenator Lange (FDP, Ex-Admiral) zurücktreten müssen, vor allem aufgrund der durch den Kita-Skandal hervorgerufenen Proteste.

siert werden. Gerade wird ein neues Lehrerarbeitszeitmodell durchgepeitscht, mit dem der Senat rund 1000 Lehrerstellen abbaut und den Lehrerinnen und Lehrern noch mehr Arbeitsleistung abpresst, mit allen Folgen für die Qualität der Bildung. Durch das vorzeitige Ende der Koalition gerade noch aufgehalten wird die Privatisierung des Landesbetriebskrankenhäuser (LBK) mit über 12.000 Beschäftigten: Mitten im Volksgesetzgebungsverfahren gegen die LBK-Privatisierung sollten 74,9% des Krankenhausbetriebs dem Gesundheitskonzern Asklepios geradezu hinterhergeworfen werden. Der Vertrag war schon ausgearbeitet: Danach begibt sich die Stadt der öffentlichen Gewährleistungspflicht für die Krankenhausversorgung und lässt sich das viele hundert Millionen kosten. Die Kette der Maßnahmen des Sozial- und Bildungsabbaus, der Ausgrenzung und Polarisierung ließe sich fast endlos fortsetzen.

Nicht, dass diese Maßnahmen keinen Widerstand hervorrufen. Im Gegenteil. Selten hat es in Hamburg so viele und vielfältige Demonstrationen und andere Protestaktionen gegeben wie in den letzten Wochen. Auch werden gegen politische Vorhaben des Senats fast jede Woche neue Volksbegehren oder Volksinitiativen eingeleitet. Und trotzdem steht die CDU besser da denn je, und man hat nicht den Eindruck, dass sie mit ihrer Politik gescheitert, an den Widerstandsbewegungen aufgelaufen sei.

Warum nicht, lässt sich gerade am Beispiel der betriebenen Privatisierung des



**Das Stadtteilbündnis „Fixstern bleibt!“ hat aus Protest gegen die Schließung die Einrichtung der akzeptierenden Drogenhilfe im Schanzenviertel seit mehreren Wochen besetzt.**



LBK exemplarisch zeigen: Unmittelbar betroffen sind viele Beschäftigte, deren Zukunft (Personalabbau, Löhne, Arbeitsbedingungen) ungewiss ist. Die Gesundheitsversorgung wird sich für viele verschlechtern, aber das bekommen sie erst später zu spüren, wenn es zu spät ist. Andere hingegen, die Zahlungskräfte, können sich jetzt schon aufgrund angekündigter Investitionen und Innovationen, der weiteren Spezialisierung und gezielten Förderung der Medizintechnologie eine bessere Gesundheitsversorgung erwarten, und deshalb hat der skandalöse Privatisierungsvertrag außer bei den Beschäftigten und der Gewerkschaft ver.di keinen nennenswerten Protest hervorgerufen.

Der Erfolg der CDU basiert auf einer tiefen und weiter zunehmenden Spaltung der Stadtbevölkerung. Deshalb erscheinen, trotz oft großer Beteiligung an Demonstrationen, die Oppositionsbewegungen zersplittert. Dazu trägt bei, dass weder SPD noch GAL ein alternatives Konzept zu bieten haben – sie haben im Gegenteil dem Rechtssenat in vielfacher Hinsicht den Weg geebnet – und die Linke, namentlich die PDS, eigentlich noch nicht so weit ist. Im linken „Milieu“, vor allem soweit es von „Staatsknete“ abhängig ist und unter der Politik des Rechtssenats brutal gelitten hat, scheint es starke Tendenzen zu geben, dann doch lieber Rot-Grün zu wählen.

In dieser Lage bemühen sich die PDS und Regenbogen (eine linksgrüne Abspaltung der GAL aus der vorletzten Bürgerschaft) seit der Ankündigung von Neuwahlen darum, ein Bündnis zu Stande zu bringen, das eine alternative Kandidatur trägt. Dazu ist öffentlich zu einer „großen Versammlung“ am 18.12. eingeladen. Die PDS Hamburg ist bereit, mit Offenen Listen zu kandidieren, Konkurrenzkandidaturen werden ausgeschlossen. Ob und wieweit das Unterstützung findet, zeigt sich nach Redaktionsschluss.

scc (Bilder: Indymedia, scc)

## EU-Regierungskonferenz zum Verfassungsentwurf

# Uneins über Abstimmungsmodus

Die am 13./14.12. in Brüssel durchgeführte Konferenz der Regierungschefs aller bisherigen und zukünftigen 25 EU-Mitgliedstaaten war ursprünglich angesetzt worden zwecks Billigung einer endgültigen Fassung des vorliegenden Entwurfs der EU-Verfassung. Sie musste wegen des schroff aufgebrochenen Gegensatzes in Sachen Abstimmungsmodus ergebnislos abgebrochen werden. Die kommende irische Rats-Präsidentenschaft wurde mit der Vorbereitung bzw. Neu-Ansetzung dieser Konferenz (im Frühjahr 2004) beauftragt. Es gibt bezüglich des Konflikts in der internationalen Presse sowohl Prognosen, die von einer baldigen Einigung entlang eines für beide Seiten akzeptablen Kompromisses ausgehen, wie auch Prognosen, die eher ein mittel- bis längerfristiges Fortwähren dieser „Kraftprobe“ annehmen. Befasst man sich mit den Trägern der gegensätzlichen Seiten sowie mit ihren jeweiligen Interessenslagen, dann fällt zumindest sofort auf, dass es auf beiden Seiten jenes Gegensatzes ein verbindendes – gemeinsames! – Interesse gibt:

Der Nizza-Abstimmungsmodus, auf dem derzeit v.a. die polnische und spanische Regierung beharren, ist seinerzeit von der französischen Seite durchgesetzt worden. Und zwar zwecks Abwehr möglicher Majorisierungen (zum eigenen Nachteil) auf der Grundlage des Mehrheits-Abstimmungsmodus, den damals die deutsche Seite in der EU-Konferenz in Nizza durchsetzen wollte. Mit derselben Intention wie seinerzeit die französische Seite setzt sich jetzt die polnisch-spanische Seite gegen jenen Modus zur Wehr. Er war im Sommer diesen Jahres – tatsächlich coup-artig! – nachträglich in den bereits vom Konvent verabschiedeten EU-Verfassungsentwurf eingebbracht worden. Und zwar aufgrund des Drucks, der ausging von sowohl deutscher wie auch französischer Seite! Das gemeinsame Dritte, was hier Kräfte beider Seiten somit verbindet, war bzw. ist das Interesse an der Unterbindung einer von deutscher Seite ausgehenden Hegemonie.

Dieses Interesse kommt aktuell nicht dadurch zum Ausdruck, dass hier eine gegenwärtige Verbindung der Interessierten (gegenüber der deutschen Seite) der Fall ist. Sondern diese Verbindung kommt dadurch zum Ausdruck, dass hier eine – von französischer Seite hinterlassene – Handhabe genutzt wird, die sich

bereits früher als Mittel der Gegenwehr bewährt hatte – gegenüber der deutschen Seite. Für die (sich mittlerweile als Partner Deutschlands verstehende) französische Seite gilt hier somit – bildlich gesprochen – Folgendes: Die von ihr hinterlassene Handhabe ist (in der Sorte) exakt einer von jenen Steinen, die man zunächst selber aufgehoben hat – und die einem nun direkt auf die eigenen Füße fallen ... Aus einer Erklärung des polnischen Außenministers geht hervor, dass von den 25 Teilnehmerstaaten der Regierungskonferenz insgesamt 14 entweder für den Fortbestand des Nizza-Abstimmungsmodus waren oder ihn zumindest gleichermaßen annehmbar für sich befanden wie den Modus der doppelten Mehrheit (*The Warsaw Voice*, 3.12.03).

Hier drohte somit eine Niederlage für diejenigen, die diesen Modus zunächst gegen die Mehrheitsauffassung des Konvents im Verfassungsentwurf untergebracht hatten – und die diesen Modus nunmehr endgültig per Regierungskonferenz-Beschluss durchgesetzt wissen wollten. Aus Kreisen der osteuropäischen Diplomaten wurde zwar der Verdacht geäußert, die deutsch-französische Seite habe diese Konferenz bewusst kollabieren lassen, um das eigene ‚Kerneuropa‘-

Projekt vor der Öffentlichkeit besser legitimieren zu können (*Financial Times*, 14.12.03). Zwei weitere Berichte weisen aber in eine Richtung, die mehr Wahrheit für sich beanspruchen kann: „[...] Es war Chirac, der den Korken draufgestöpselt hat“, sagte ein EU-Diplomat“ (*The New Zealand Herald*, 15. 12.03). Mit anderen Worten: Es war die französische Seite, die auf diese Weise – wenn auch nur vorerst – Herr einer Entwicklung zu werden versuchte, die sie selbst ins Leben gerufen hatte. Ein weiterer Bericht zu diesem Punkt wird noch etwas deutlicher: Aus dem Kreis der kleineren Teilnehmerstaaten wird Frankreich beschuldigt, den Abbruch der Regierungskonferenz absichtlich herbeigeführt zu haben. Und zwar deswegen, um seine eigene – durch den Nizzavertrag abgesicherte – Stimmensmacht, die dieser Seite Parität mit Deutschland sichert, zu schützen (*Scotland on Sunday*, 14.12.03). Das legt die Schlussfolgerung nahe, dass hier – wenn schon keine Majorisierung der übrigen Mitgliedsstaaten im Bündnis mit Deutschland erlangt werden kann – zumindest der alte Zustand der Verhinderung einer Majorisierung durch Deutschland wiedererlangt werden sollte.

Wenn, so lässt sich zusätzlich schluss-

folgern, an der ‚richtigen‘ Stelle eingehebelt wird, dann kann sich erweisen, dass dieses deutsch-französische Bündnis keineswegs bereits monolithisch gefestigt ist! Das Augenmerk mag hier insofern erstens – für den Zweck der Herausarbeitung dieses eingangs verhandelten übergreifenden Interesses (s. oben ‚Gemeinsames Drittes‘) – zunächst hauptsächlich auf diesen Sachverhalt ausgerichtet sein und nicht so sehr auf die Handhabe, nach der – in Verfolgung dieses Interesses – bereits zum zweiten Mal gegriffen wurde. Zweitens mag hier ebenfalls zunächst hintangestellt bleiben, dass der von deutscher Seite betriebene Versuch der Aufrichtung einer Hegemonie mittlerweile mitgetragen wird – von französischer Seite. Hier, in dieser Betrachtung, soll vielmehr verdeutlicht werden, dass jetzt – im Rückblick vom aktuellen EU-Verfassungsentwurf auf den Nizzavertrag – mehr und mehr deutlich wird: ‚Alles Schlechte hat auch sein Gutes‘.

Der Nizzavertrag hat – das wurde in dieser Zeitschrift verschiedentlich behandelt – vor allem die Entwicklung eines ‚Kerneuropa‘ weiter angestoßen bzw. begünstigt (Stichwort: „Verstärkte Zusammenarbeit“). Dieses Projekt, das ja



## Dokumentation

### Analyse: Spanien, Polen führen die EU-Position an

*Washington, 26. Nov. – Schulter an Schulter stehend, führten der spanische Premierminister Jose Maria Aznar und sein polnischer Amtskollege Leszek Miller die Attacke an gegen eine Entscheidung der Europäischen Union, die darauf abgestellt war – Deutschland und Frankreich vom Haken zu lassen.*

Die Gelegenheit dazu ergab sich beim Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister in Brüssel, bei dem das EU-System der Verhängung von Bußgeldern über solche Mitgliedsstaaten, die die Haushaltsdefizit-Grenzen überschritten hatten, aufgehoben wurde – um Berlin und Paris vor den Strafen zu bewahren.

„Diese Entscheidung bedeutet einen schweren Rückschlag hinsichtlich der gemeinsamen Europäischen Anstrengungen in Richtung Herstellung ökonomischer Stabilität“, erklärte Aznar. Er machte eine Schrift weiter, indem er davor warnte, dass diese Aufhebung ‚offenkundig Folgen haben wird im Hinblick auf die anstehende Regierungskonferenz.‘ [...] Während des Brüsseler Treffens...hatten Frankreich und Deutschland erfolgreiche Lobby-Arbeit betrieben, um diese [o.a.] Regel aufzuheben. (Quelle: *The Washington Times*, 27. 11.2003; eigene Übers.)

### Diese verdammten Polen

In ihren eher offenerherzigen Momenten anerkennen auch die Polen selbst, dass dieses [Nizza-]Abstimmungssystem geradezu bizar vorteilhaft ist für sie. Wie ein polnischer Minister einmal vertraulich gegenüber Ihrem Korrespondenten einräumte:

„Wir haben eine Bevölkerung halb so groß wie diejenige Deutschlands und eine Ökonomie ungefähr von einem Zehntel [der deutschen Ökonomie], und trotzdem erhalten wir 27 Stimmen gegenüber den 29 Stimmen [der Deutschen]. Wir wären dumm, würden wir solch ein Angebot ablehnen.“

Die EU war gewiss verrückt, als sie solch ein Angebot offerierte. Dass solch ein ausgäfenes Stimmrechts-System überhaupt zustande kam, war ein Ergebnis der Politik[en] und der Panik des Augenblicks. Die doppelte Mehrheit wurde in Nizza vorgeschlagen. Aber Frankreich, das zu diesem Zeitpunkt die Ratspräsidentschaft innehatte, lehnte es ab, dieses System zu akzeptieren – weil es Deutschland relativ mehr Macht verschaffte. Die Polen, die in Nizza noch nicht einmal am Tisch saßen, waren die glücklichen Nutznießer französischer Unnachgiebigkeit und spanischer Verhandlungskunst [...].

Aber all die Verärgerung seitens gegenwärtiger EU-Mitglieder – sie geht in Richtung der Notwendigkeit, an das ‚Europäische Interesse‘ zu denken – würde überzeugender wirken, wenn sie dasselbe Prinzip auch auf sich selbst anwenden würden. Wo ist denn das Europäische Interesse vorhanden in der französisch-deutschen Entscheidung, den Stabilitätspakt in die Tonne zu klopfen? Wo ist denn das Europäische Interesse vorhanden in Frankreichs zäher Verteidigung der kostspieligen und protektionsistischen Gemeinsamen Agrarpolitik, die bloß darauf abgestellt ist, bündelweise Geld an die französischen Landwirte zu schaufeln? Wo ist denn das Europäische Interesse vorhanden in Großbritanniens Beharren darauf, seinen Beitrag zum EU-Haushalt stets rückvergütet zu erhalten? Oder in Spaniens unerbittlicher Entschlossenheit, sich

stets festzuklammern an einem überdurchschnittlichen Anteil der regionalen EU-Ausgleichsmittel? [...].

Wie auch immer, die Polen sind Newcomer und zusätzlich ziemlich arm. Insofern scheint man von ihnen zu erwarten, dass sie acht geben auf ihr Betragen und recht dankbar sind für all das EU-Geld, das bald ihren Weg kreuzen wird.

(Quelle: *The Economist*. 27.11.2003; eigene Übers.)

### Ringen um Europas Zukunft – Das Gespenst von Nizza

#### [...] Qualifizierte Mehrheit

Während die Kommission nach dem Kolligialprinzip stets im Konsens entscheidet, stimmen die Räte der Fachminister meistens mit qualifizierter Mehrheit ab. Nach dem Konventsentwurf soll dieses Verfahren erheblich ausgeweitet werden.... Als Quorum hat der Konvent eine denkbar einfache Regel vorgeschlagen: mindestens die Hälfte der Staaten und drei Fünftel der Gesamtbevölkerung. Diese Formel soll dem Doppelcharakter der EU als einer Union der Staaten und der Bürger Rechnung tragen.

Bei der Regierungskonferenz von Nizza war ein solches Quorum am Widerstand Frankreichs gescheitert, das ebenso viele Stimmen wie das größere Deutschland beanspruchte. In der langen Nacht von Nizza wurde stattdessen eine denkbar kompliziertere Formel vereinbart: mindestens die Hälfte der Staaten mit mindestens 72 Prozent der Stimmrechte; auf Antrag muss außerdem festgestellt werden, ob dies wenigstens 62 Prozent der EU-Bevölkerung entspricht. Diese dreifache Mehrheit, die von der nächsten Kommission an [in 2004 /die Verf.] gilt, begünstigt vor allem Spanien

lediglich eine Umschreibung ist für den Versuch der Herausbildung einer dominierenden EU-Unionsebene sowie ihrer In-Besitznahme durch einige wenige Staaten, hat in einem beträchtlichen Umfang Eingang gefunden in den Verfassungsentwurf. Andererseits hat diese Absicht auch zur Herausbildung von Gegen-Handhaben geführt – ähnlich wie seinerzeit beim Nizzavertrag. Hier wären insbesondere hervorzuheben: Die Beseitigung des ursprünglich angedachten Ausschlusses der Beitrittsländer von der gleichberechtigten Abstimmung über die endgültige EU-Verfassung sowie die Beseitigung der ursprünglich angedachten Verweigerung eines Rechts auf Austritt aus der Union. Beides wurde umgewandelt in (positives) Anrecht.

Begreift man nun die hier verhandelten Gegen-Handhaben gegen jene (hauptsächlich von deutscher Seite betriebenen) Vorstöße als eine Art pragmatischer Rahmen, innerhalb dessen anti-hegemoniale Politik betrieben werden kann, dann hat man ungefähr jenen Handlungs- bzw. Bewegungsspielraum klar, innerhalb dessen vor allem die ost-europäischen Beitrittsländer hinarbeiten können auf die politische Korrektur ihrer ökonomischen Abstufung zu Staaten-

ten zweiter und dritter Ordnung. Hier ist aber auch Platz für die Gegenwehr (ökonomisch und politisch) bedrängter nord- und westeuropäischer sowie süd- und südosteuropäischer Staaten! Das gilt es im Blickwinkel zu bewahren, wegen der sich jetzt herausbildenden Realität von Zweckbündnissen unterschiedlicher Art innerhalb der Union. Der Nizza-Abstimmungsmodus wird für die politische Korrektur jener angesprochenen ökonomischen Abstufung deswegen als besonders geeignet aufgefasst, weil er festgeschrieben ist bis zum Jahr 2009 – und somit die nächsten anstehenden Entscheidungen zum EU-Budget und zur Aufteilung der betreffenden Haushaltsmittel (v.a. in 2007) zeitlich übergreift!

In den Presseberichten wurde – in diverse Richtungen – stark abgehoben auf mögliche Äquivalente, die es vor allem der polnischen Seite erlauben könnten, jenen Modus vorzeitiger aufzugeben. Hierbei ist nicht nur bemerkenswert, dass etwa das schlussendliche Doch-noch-Hineingelangen des (im Verfassungskonvent mehrfach abgeschmettert) Gottes-Bezugs in die Präambel der EU-Verfassung als eines jener möglichen Äquivalente genannt wird. Sondern es ist v.a. bemerkenswert, dass hier (eher indi-

rekt) ein Äquivalent ganz eigener Art ins Spiel gebracht wird. Und zwar betrifft das die offizielle (von einem Regierungsmitglied ausgesprochene) In-Anspruchnahme von „20 Millionen Polen“ jenseits der Staatsgrenzen, was nur bezogen sein kann auf Bevölkerungsteile in den Nachbarstaaten Belarus und Ukraine. Und es betrifft dieselbe Inanspruchnahme in Bezug auf Bevölkerungsteile West-Rumäniens von Seiten der ungarischen Regierung: Hier – an diesem Punkt! – sollte davon ausgegangen werden können, dass jene oben angesprochenen Handhaben, die etwa von Nutzen sind in der Abwehr hegemonialer Politik, sich auch als nützlich gegen sich selbst bzw. als zügelnd in Bezug auf sich selbst erweisen werden. Ungarn kann schwerlich einerseits auf den durch die EU-Verfassung garantierten Schutz der eigenen staatlichen Souveränität und territorialen Integrität pochen – und andererseits ein besonderes Mitentscheidungsrecht bezüglich des EU-Beitritts seines Nachbarn Rumäniens für sich reklamieren. Dasselbe gilt für Polen, wo jene Garantie selber von existenzieller Bedeutung ist – in Bezug auf gleichartige In-Anspruchnahmen eigener Bevölkerungsteile seitens Deutschlands.

huh, scc

und Polen. Beide haben überproportional viele Stimmen, je 27, während Deutschland mit doppelt so vielen Einwohnern lediglich 29 Stimmen besitzt.

(Quelle: Rheinischer Merkur, 27.11.2003)

**Polen rüstet sich für Kampf um die Verfassung – Von Jan Cienski, Warschau**  
Polen bringt sich für den Kampf um den bisherigen Abstimmungsmodus im europäischen Ministerrat in Position. Hauptgegner ist Deutschland, dem Polens Außenminister vorwirft, immer weniger Reue für das im Zweiten Weltkrieg verursachte Leid zu empfinden – [...]. Polen sieht sich an der Spitze eines Lagers von Ländern, die verlangen, dass der Abstimmungsmodus im Ministerrat beibehalten werden sollte, wie er beim EU-Gipfel von Nizza 2000 vereinbart wurde. [...]

**Die Großen gegen die Kleinen –**  
Deutschland und Frankreich sind die härtesten Befürworter der neuen „doppelten Mehrheit“ ... Dass Warschau und Berlin sich politisch erneut in entgegengesetzten Ecken wiederfinden, sei „nicht gut“, sagt [Außenminister] Cimoszewicz. Beide Länder hätten schon bei der Frage des amerikanischen Einmarsches in Irak nicht übereingestimmt, fügte er hinzu. Auch im Rückblick auf den Zweiten Weltkrieg gebe es Meinungsverschiedenheiten, da immer mehr Deutsche sich auf deutsches Leid konzentrierten und nicht auf deutsche Schuld. „Wir haben unseren deutschen Freunden in den vergangenen Monaten mehrmals signalisiert, dass wir uns darüber Sorgen machen“, sagt der Minister. [...]

Trotz deutscher Drohungen gegen Polen und Spanien will Warschau... in der Abstimmungsfrage nicht nachgeben. Deutsch-

land hatte beiden Ländern mit finanziellen Konsequenzen gedroht. – Obwohl die polnische Haltung als eigennützig geschmäht wird, argumentiert Polen im Namen aller Beitrittsländer. Polen habe unter beiden Abstimmungssystemen in etwa das gleiche Gewicht, sagte Cimoszewicz. Was sich aber drastisch verändere, sei die Stellung kleiner Nationen – also der meisten der zehn neuen Mitglieder. Als Gesamtes hätten diese damit nach dem neuen Verfahren sehr viel weniger Macht als unter dem Nizza-System.

*Doppelte Mehrheit widerspricht dem europäischen Gedanken –*

„Das neue Abstimmungssystem reduziert den Einfluss der Beitrittsländer radikal“, sagte Cimoszewicz, „und es verstärkt die Position der vier größten und stärksten Mitglieder ungewöhnlich deutlich“. Die doppelte Mehrheit möge zwar effizienter erscheinen, doch „ist sie eine Gefahr für den Gedanken der europäischen Integration“, weil sie die größten Länder in eine beherrschende Position bringen könnte, warnte der Minister. [...]

„Wir sind vollkommen davon überzeugt, dass Polen das europäische Ideal in der Schlacht verteidigt“, sagte Cimoszewicz. Das System von Nizza solle für einige Jahre beibehalten und erprobt werden. Wenn es Mängel aufweise, werde auch Polen die Reformidee unterstützen. –

Cimoszewicz erinnerte an das Gefühl von Verrat, das Polen über die Arbeit des Verfassungskonvents empfand. Der [sprich: das Präsidium unter Vorsitz von Valéry Giscard d'Estaing / die Verf.] habe das neue Abstimmungssystem entschieden, ohne Polen zu Rate zu ziehen, wo Polen doch für den EU-Beitritt auf der Grundlage des Nizza-

Vertrags gestimmt habe – nicht basierend auf dem Verfassungsentwurf...  
(Quelle: Financial Times Deutschland, 11.12.03)

#### **Polen – Beifall für den ‚Erfolg‘ Millers**

**14. Dezember 2003** Nationalkonservative und Liberal-Konservative in Polen haben das Scheitern des Brüsseler EU-Gipfels am Wochenende als Erfolg für ihr Land gefeiert. Sie gratulierten Ministerpräsident Miller, der eine Minderheitsregierung aus dem Demokratischen Linksbund (SLD) sowie der sozialistischen Arbeitspartei (UP) führt, dazu, dass er in den Beratungen über die künftige Verfassung der EU Polens Interessen mit Härte vertreten habe. Der Vorsitzende der nationalkonservativen Partei ‚Recht und Gerechtigkeit‘ (PiS), Kaczynski, sagte im polnischen Fernsehen, der Ausgang der Brüsseler Verhandlungen sei ein persönlicher Erfolg Millers und der Regierung.

Dass der Entwurf für eine neue Verfassung habe durchgedrückt werden sollen, sei der Versuch eines Staatsstreiches in der EU gewesen. Der habe das Ziel gehabt, Polen zu einem „halbkolonialen Status“ zu verurteilen. Der Bundesregierung warf Kaczynski vor, sie verwechsele die Interessen Deutschlands mit denen der EU. Frankreich kredite er an, es habe sich unklug verhalten, indem es die deutsche Position in der Frage der Stimmengewichtung im EU-Ministerrat übernommen habe. [...]. Die EU könne ohne Grundgesetz auskommen. Als Ideal schwebte ihm ohnehin die alte EWG vor, in welcher das kleine Luxemburg genauso viele Rechte wie die um vieles größere Bundesrepublik Deutschland gehabt habe, sagte Kaczynski.

(Quelle: FAZ.NET, 15.12.2003)



Brüssel. 24 Stunden lang lief nichts. Die ca. 6000 Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr der belgischen Hauptstadt ließen am 12.12. Metros, Züge und Busse in den Depots und streikten. Ihr Zorn richtet sich gegen die schleichende Privatisierung des Nahverkehrsunternehmens MIVB. Die in den letzten Jahren getätigten Investitionen sind völlig unzureichend, die Verkehrsmittel verkommen regelrecht. Personal wird eingespart. Streikposten, die an verschiedenen Orten darauf achteten, dass der Streik nicht gebrochen wird, berichteten, dass die Verkehrsunternehmen mit mindestens 10% unterbesetzt sind. Fahrer müssten sogar an ihren Urlaubstagen arbeiten. Sicherheitsregeln würden nicht eingehalten. Die technischen Probleme nähmen überhand. (Quelle und Bild: Indymedia Belgien)

## Katalonien: neues Autonomiestatut

Mit Drohungen hat die Zentralregierung Spaniens auf die Regierungsbildung in Katalonien reagiert und dem neuen Regierungschef „Gefängnis“ angedroht. Die neue, von den Sozialisten (PSOE) geführte Regierung, die mit der Republikanischen Linken Kataloniens (ERC) und der kommunistisch dominierten Initiative für Katalonien/Grüne (IC/V) eine Koalition bildet, will ein neues Autonomiestatut für die Region ausarbeiten. Katalonien soll eingeständiger werden und ein eigenes Finanzierungssystem erhalten. Auf die Palme bringt die Zentralregierung, dass der Koalitionsvertrag vorsieht, gegebenenfalls ein Referendum für ein neues Statut abzuhalten. Dazu kommt, dass der Vertrag Bündnisse nur mit demokratischen Parteien vorsieht und die Volkspartei (PP), die Spanien mit absoluter Mehrheit und harter Hand regiert, explizit ausschließt. Das neue Statut soll in 100 Tagen ausgearbeitet sein. Zur Abstimmung käme es, so der neue Regierungschef, wenn die Reform in Madrid abgelehnt bzw. behindert werde. Für den Sprecher der Zentralregierung verstößt dieser „Unsinn“ gegen die Verfassung. Er warnte die katalanische Regierung vor „strafbaren Handlungen“, denn die PP macht aus den Vorhaben in Katalonien gerade Delikte. – Kürzlich wurde ohne Diskussion im Parlament ein Passus in die Strafrechtsreform eingefügt, um die Durchführung eines Referendums mit drei bis fünf Jahren zu ahnden. Das

richtet sich zwar gegen Vorhaben im Basenland, würde aber ebenso auf Katalonien angewandt, so der Regierungssprecher. Immerhin hat die PSOE, die bisher die autoritäre Politik der PP eher stützte, in Katalonien einen Sinneswandel vollzogen. Mit dem neuen Autonomiestatut, so der katalanische Regierungschef, werde eine neue Etappe Kataloniens im Zusammenleben „mit den Völkern in Spanien, Europas und der Welt“ eröffnet. (Nach einem Artikel von Ralf Streck)

## Nordzypern: Denktasch verliert die Mehrheit

Die Wahlen im türkisch besetzten Teil Zyperns haben zwar nicht den Durchbruch für die Befürworter einer Wiederauflösung an den oder gar Wiedervereinigung mit dem griechischen Teil der Insel gezeitigt. Doch zeigt die Abstimmung eine deutliche Kräfteverschiebung, die zugleich den Wunsch vieler türkischer Zyprioten zum Ausdruck bringt, der EU beizutreten. Die linksgerichtete Türkisch-Republikanische Partei (CTP) wurde mit 19 Stimmen stärkste Partei und wird deshalb wahrscheinlich mit der Regierungsbildung beauftragt. Mit ihrem Bündnispartner Bewegung für Frieden und Demokratie kommt sie jedoch nur auf 25 Stimmen, ebenso viel wie das Bündnis der rechtsgerichteten Regierungsparteien. Immerhin haben auch die Tausende Stimmen der Siedler, die Denktasch aus der Türkei warb, ihm nicht zur Mehrheit verholfen.

## Ungarn: Gesetz gegen Volksverhetzung

Mit knapper Mehrheit hat das ungarische Parlament ein Gesetz verabschiedet, öffentliche Hetze gegen irgend eine Gruppe aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Nation, ethnischen Gruppe oder Religion oder Aufrufe zu Gewalttaten unter Strafe stellt. Dieses Gesetz, das sich vor allem gegen weit verbreitete antisemitische Hetze richtet, war lange umstritten. Erst als ein Gericht vor einigen Wochen einen ehemaligen MIÉP-Abgeordneten in zweiter Instanz vom Vorwurf des Antisemitismus freisprach (wir berichteten), kippte die Meinung insbesondere bei den Freidemokraten, so dass das Gesetz jetzt verabschiedet werden konnte. (Quelle: Budapest Zeitung online)

## US-Chemieindustrie: Geheimkampagne gegen Chemikalien-Tests

Die amerikanische Chemieindustrie plant eine Geheimkampagne gegen Sicherheitstests für Chemikalien. Ein entsprechendes Strategiepapier wurde der Umweltorganisation Environmental Working Group zugespielt. Demnach versucht das American Chemistry Council (ACC), dem auch die deutschen Konzerne BAYER, BASF und DEGUSSA angehören, „das Vorsorgeprinzip zu stigmatisieren“, um den „Informationskrieg“ gegen die Umweltbewegung zu gewinnen. Im Rahmen der Kampagne sollen eine „unabhängige Bürgerinitiative“ gegründet, Journalisten angeworben und „Pläne, Motivation und Verbündete von Umweltaktivisten“ gesammelt werden. Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren: „Dieses Strategiepapier bietet einen seltenen Einblick in die doppelzüngige Vorgehensweise der Chemieindustrie. In Werbekampagnen ist von „Responsible Care“ und „intensiven Anstrengungen für den Umweltschutz“ die Rede – gleichzeitig werden Kritiker bespitzelt und selbst elementarste Sicherheitsvorkehrungen mit allen Mitteln bekämpft. Der Schutz von Umwelt und Verbrauchern ist für die Industrievertreter offenbar vollkommen nebensächlich.“ Mimkes fordert den BAYER-Konzern auf, das ACC zu verlassen und sich deutlich von der Kampagne zu distanzieren. Der Verband der amerikanischen Chemieindustrie will im Rahmen der Kampagne „Vertreter von Minderheiten und Verbraucherschützer“ anwerben, da diese in der Öffentlichkeit „glaublicher“ als Unternehmensvertreter wirken. Hintergrund ist, dass die Bemühungen der EU, Tausende von Chemikalien erstmalig auf Umwelt- und Gesundheitsrisiken hin zu untersuchen, bei amerikanischen Umweltverbänden und Behörden (besonders in Kalifornien) auf großes Interesse stößt. (PE Coordination gegen BAYER-Gefahren, leicht gekürzt)

Zusammenstellung: scc

LEIPZIG, FFM, BERLIN. In Leipzig, Frankfurt/Main und in Berlin demonstrierten am 13.12.2003 rund 60.000 Studierende gegen Bildungs- und Sozialabbau. Zeitgleich fanden Demonstrationen in Österreich und in Frankreich statt. Dies berichtet der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs). Kürzungen im Bereich der Bildungspolitik führen aus seiner Sicht nicht nur zu einer Verschärfung der sozialen Selektivität, sondern vor allem auch zu massiven Qualitätseinbußen. „Ohne ausreichende Mittel ist eine qualitative Studienreform nicht möglich“, so der fzs und ergänzt: „Neben ausreichenden Mitteln ist die studentische Beteiligung bei Reformvorhaben notwendig.“ Der fzs plant noch in diesem Semester im Rahmen einer bundesweiten Veranstaltung, die während der Proteste angestoßenen Debatten aufzugreifen. Vor und nach diesen drei zentralen Großdemonstrationen finden in zahlreichen Universitätsstädten Aufklärungsaktionen, Demos, Streiks und auch Besetzungen statt. Das Bild zeigt die Besetzung des Bertelsmann-Hauses in Berlin-Mitte, mit der die aktive Rolle des Konzerns bei der Privatisierung des öffentlichen Bildungswesens kritisiert wird. [www.studierende-fzs.de](http://www.studierende-fzs.de) und <http://asta.tu-berlin.de>



Bild: <http://de.indymedia.org>

## Ergebnisse des Friedenspolitischen Ratschlags am 6./7. Dez. in Kassel

KASSEL. Rund 350 Menschen aus der ganzen Bundesrepublik und aus dem benachbarten Ausland diskutierten an den beiden Tagen in der Kasseler Universität „Perspektiven einer friedlichen Welt“. Der Bundesausschuss Friedensratschlag hatte für den Kongress eine Erklärung vorbereitet und nach intensiver Beratung in einer Redaktionsgruppe am Ende den TeilnehmerInnen mit auf den Weg gegeben. Darin werden 5 vordringliche Aufgaben der Friedensbewegung formuliert:

1. Der Irakkrieg soll in Form dezentraler Hearings und anderer Veranstaltungen mit Experten, Wissenschaftlern und Augenzeugen aufgearbeitet werden. Münden sollen diese Aufklärungs- und Ermittlungsaktivitäten in ein Internationales Kriegs-Tribunal.

2. Die Friedensbewegung soll sich noch stärker als in der Vergangenheit mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt beschäftigen. Mit der am 1. Dezember veröffentlichten „Genter Initiative“ liegt eine neue interessante Anregung von Nicht-Regierungsseite vor, die dem Friedensprozess neue Impulse verleihen und der Gewaltspirale ein Ende bereiten könnte.

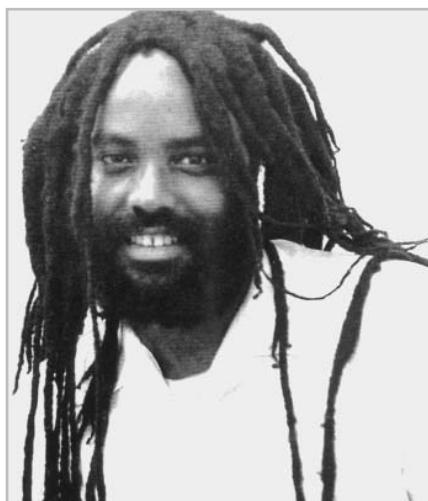
3. Die Entwicklung der Europäischen Union von einer Wirtschaftsgemeinschaft in ein Militärbündnis muss Einhalt geboten werden. Dies impliziert die Ablehnung der EU-Verfassung in der vorliegenden Form. Die Friedensbewegung wird sich am 9. Mai 2004 an den europaweiten Protesten anlässlich des EU-Gipfels in Rom beteiligen. Die EU-Kritik schließt den Widerstand gegen die weitere Umwandlung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee ein.

4. Mit dem Beschluss des US-Kongresses, der Regierung Geld zur Verfügung zu stellen, um die Entwicklung sog. „Mini-Nukes“ voranzutreiben, droht ein atomarer Rüstungswettlauf. Die Friedensbewegung wird bestehende internationale Kampagnen, z.B. die des weltweiten Hiroshima-Bündnisses von Bürgermeistern unterstützen, die Welt ganz von Atomwaffen zu befreien.

5. Die Friedensbewegung wird sich noch stärker in die Bewegungen gegen Sozialabbau und neoliberalen Globalisierung einbringen. Partner auf Seiten der Gewerkschaften und anderer sozialer Bewegungen (z.B. Attac) sind zahlreich vorhanden. Die Unterschriftenkampagne „Abrüstung statt Sozialabbau“ wird weitergeführt – zunächst bis zum 20.3. 2004. [www.uni-kassel.de/fb10/frieden](http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden)

## Bundestreffen der Mumia Abu-Jamal Unterstützungskomitees

BREMEN. Zum Internationalen Tag der



Menschenrechte am 10. Dezember rief das „Bundestreffen der Mumia Abu-Jamal Unterstützungskomitees“ dazu auf, den Einsatz für Mumia Abu-Jamal zu intensivieren. In der Erklärung heißt es: „Ähnlich wie bei Angela Davis ist eine weltweite Bewegung für sein Leben und seine Freiheit entstanden. Und ähnlich wie damals stellen viele Menschen, die sich rund um den Globus für Mumia Abu-Jamal einsetzen, ihren Kampf gegen seine Hinrichtung in den Zusammenhang des internationalen Kampfes gegen Krieg, Todesstrafe, Rassismus und globale kapitalistische Unterdrückung. Schon zweimal gelang es der Bewegung, dass ein drohender Hinrichtungsbefehl nicht vollstreckt wurde. Aber Mumia sitzt immer noch in der Todeszelle und schwelbt in höchster Lebensgefahr. Ohne unseren Druck wird ihm auch kein Gericht Gerechtigkeit widerfahren lassen. Deshalb rufen wir jetzt, da der Kampf um Mumia Abu-Jamals Leben und Freiheit in die letzte Runde vor den Bundesgerichten geht, alle dazu auf, ihren Einsatz zu intensivieren.“

Angela Davis hat den Kampf gegen die Todesstrafe und für Leben und Freiheit von Mumia Abu-Jamal zur Priorität in ihrer politischen Arbeit gemacht und ist zur anerkannten Sprecherin dieser Kampagne geworden. Am 4. Oktober 2003 sagte sie auf der Veranstaltung anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Paris an Mumia Abu-Jamal, auf der sie für Mumia die Urkunde entgegennahm: „Das ist mein bescheidener Beitrag zur Solidaritätsbewegung. Für mich hat das Priorität in meinem Leben. Wenn die Leute vor dreißig Jahren es nicht auch zu ihrer Priorität gemacht hätten, sich für mich einzusetzen, dann wäre ich heute noch immer im Gefängnis.“ In diesem

Sinne fordern wir mit ihr: Ein neues fairen Verfahren für Mumia Abu-Jamal! Freiheit für Mumia Abu-Jamal und alle politischen Gefangenen! Abschaffung der Todesstrafe!“ <http://freedom-now.de>

## Arbeitslosengruppen kritisieren „Bermudadreieck Arbeitsämter“

BIELEFELD. 1,3 Millionen Erwerbslose sind seit Jahresbeginn aus der Arbeitsmarktstatistik gefallen, ohne eine neue Arbeit aufnehmen zu können. Dies sind 215.000 mehr als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig können die Arbeitsämter immer weniger Arbeitslose in Lohn und Brot bringen: Die Zahl der vermittelten Arbeitslosen sank um 170.000 auf 615.000. „Die Arbeitsämter betreiben keine Vermittlungsoffensive sondern drängen Erwerbslose verstärkt aus der Statistik und dem Leistungsbezug“, kritisiert Martin Künkler von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen. 826.000 Erwerbslose, die keine Leistungen erhalten, sind aus der Statistik verschwunden, weil sie ihr Arbeitsgesuch nicht nach drei Monaten erneuert haben. Vielfach kein freiwilliger sondern ein von den Arbeitsämtern provoziert Rückzug, meint Martin Künkler. „Die Leute ziehen sich enttäuscht und entnervt vom Arbeitsmarkt zurück, weil sie immer weniger Hilfen und Stellenangebote erhalten, aber immer mehr Pflichten und Auflagen erfüllen müssen.“ Weitere 476.000 Erwerbslose werden in der Arbeitslosenstatistik nicht mehr geführt, weil ihnen die Arbeitsämter fehlende Mitwirkung oder Verfügbarkeit unterstellen. Nach Künklers Erfahrungen werden solche Pflichtverletzungen aber auch von den Arbeitsämtern „mutwillig durch fragwürdige Praktiken bis hin zur Schikane provoziert“. Dabei richtet sich die Kritik der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen ausdrücklich nicht gegen die Mitarbeiter in der Arbeitsverwaltung. Vielmehr sei der verstärkte Druck auf Arbeitslose durch die Hartz-Gesetze sowie die Vorgaben der Nürnberger Zentrale Schuld daran, dass Erwerbslose „die Arbeitsämter nicht als kompetenten Dienstleister, sondern vielfach als feindliche Behörde“ erlebten.

[www.erwerbslos.de](http://erwerbslos.de)

## Stadtrat fordert Rep zur Mandats-niederlegung auf

DÜSSELDORF. In einer gemeinsamen Resolution haben die Düsseldorfer Ratsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP Ende November das Ratsmitglied Jürgen Krüger aufgefordert, wegen seiner antisemitischen Äußerungen umgehend sein Ratsmandat niederzulegen. Krüger hatte in der Bezirksvertretung Stadtmitte gesagt, man habe „wenn das so weitergeht, bald mehr Gedenkstätten als ermordete Juden“. Oberbürgermeister Joachim Erwin bezeichnete die Äußerungen Krügers als

des Rates unwürdig und sprach allen Menschen, die durch die Äußerungen Krügers beleidigt worden seien, sein Bedauern und Mitgefühl aus. „Wer den Holocaust leugnet, hat in diesem Hause nichts zu suchen“, sagte er. Die Ratsfraktionen begrüßten ausdrücklich, dass die Stadtverwaltung derzeit die rechtlichen Möglichkeiten einer Ausschlusses Krügers aus dem Rat prüft. Die Staatsanwaltschaft klärt, ob ein förmliches Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingeleitet wird.

Auf der anderen Seite erhielt Krüger vom stellv. Bundesvorsitzenden der Reps, Björn Clemens, Beifall: „Gut, daß ein Mann wie Krüger, der als Einzelvertreter unserer Partei im Rat hervorragende Arbeit leistet, den Mut für klare Worte hat. Wir haben in der Tat genug und überzeugend Mahnmale für die Geschehnisse im Dritten Reich. Was uns dagegen fehlt, ist ein Mahnmal für die Opfer des anglo-amerikanischen Bombenterrors in Düsseldorf. Auch eine Gedenkstätte für die Vertreibung suche ich hier vergeblich.“ [www.duesseldorf.de](http://www.duesseldorf.de). [www.rep-nrw.de](http://www.rep-nrw.de)

## Walli bleibt wo sie ist – 5 Jahre Mietvertragsverlängerung!

LÜBECK. Am 6.12. demonstrierten zwischen 1000 und 1500 Menschen in der Lübecker Innenstadt für den Erhalt des von Räumung bedrohten selbstverwalteten Jugend- und Kulturzentrums alternative („Walli“). Damit wurde auf das am 27.11. von der CDU in der Lübecker Bürgerschaft verabschiedete „Angebot“ geantwortet. Dieses sieht vor, der alternative den Vertrag, der am 28. Februar ausläuft, um 16 Monate zu verlängern, wenn die Bedingungen der Zahlung einer jährlichen Miete von etwa 25.000 Euro und die Aufgabe des Bauwagenprojektes (das



gegen „öffentliches Recht“ verstöße) erfüllt werden. Im Laufe dieser Zeit soll dann angeblich ein Ersatzgelände gesucht werden. Die Betroffenen lehnten diese diktierten Bedingungen als unannehbar für ein unkommerzielles Zentrum ab. Sie organisieren weitere Protestaktionen und sammeln Unterschriften für den Erhalt des 25 Jahre alten Zentrums kultureller und politischer Vielfalt. Bis jetzt wurden über 14.000 Unter-

schriften gesammelt. Sollte die CDU an ihrem Eskalationskurs festhalten, kündigen die Betroffenen eine Besetzung von Walli im Februar an. [www.walli-bleibt.de](http://www.walli-bleibt.de)



## Teil-Erfolg der Kampagne „Hände weg von Conne Island!“

LEIPZIG. Das Finanzamt Leipzig hatte im November 2003 dem Jugend- und Kulturzentrum die vorläufige Gemeinnützigkeit für 2004 nicht erteilt. Es bemängelte das politische Engagement des Vereins, obwohl dies seit Jahren auch von offizieller Stelle geschätzt und gewürdigt wird. So wurde der offene Charakter des Conne Islands, eine Grundlage jeder Jugendarbeit, als Grund für die Finanzamtsentscheidung genannt.

Anlass der skandalösen Entscheidung war offensichtlich ein Schreiben des Sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz vom Mai 2003, in dem der Entzug von öffentlichen Fördermitteln für das Conne Island empfohlen wird. Das Papier versucht das allseits bekannte und z.B. von der Heinrich-Böll-Stiftung prämierte Eintreten gegen Rechtsextremismus zu diskreditieren. Gegen den Skandal, dass ein Geheimdienst offen auf die Kulturpolitik der Stadt Leipzig Einfluss zu nehmen versucht, protestieren an den letzten beiden Sonntagen zwischen 800 und 1.000 Personen. Außerdem konnte durch einen Besuch am 26.11.2003 von ca. 150 Sympathisanten und Vereinsmitgliedern das Finanzamt zu einer Überprüfung der Entscheidung bewegen werden. Eine Solidaritätserklärung zugunsten des Conne Island wurde inzwischen von ca. 400 Personen und Institutionen unterschrieben. Aber auch öffentliche Stellen, wie das Kulturamt Leipzig, setzten sich gegenüber dem Finanzamt für das Conne Island ein.

Daraufhin erhielt der Verein am 10.12.2003 die Mitteilung, dass unter bekannten Bedingungen die Erteilung einer vorläufigen Gemeinnützigkeit möglich ist. Zwar hält das Finanzamt an seiner Auffassung fest, dass „gemeinnützlich“ wäre, was der allgemeinen Öffentlichkeit zu Gute kommt, doch scheint eine Einigung in absehbarer Zeit zu gelingen. Zum Dank für die umfangreiche Unterstützung fand am 14.12. eine Demo mit anschließendem Konzert statt.

<http://kampagne.conne-island.de>

# Konkurrenz der Städte ist keine soziale Motivation

Anfang November präsentierte der CDU-Oberbürgermeister Schramma und der Koordinationsausschuss der Leitbildgruppen ein Kölner Leitbild 2020 der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse sind in einer vierfarbigen Hochglanzbroschüre mit einem davon schwebenden, lächelnden Kindergesicht auf der Titelseite, dokumentiert. (1) Dieses Leitbild wurde formal mit einer Bürgerbeteiligung mit ca. 350 Kölnerinnen und Kölner unter Federführung der Prognos AG und einem Leitbildbeauftragten der Stadt erstellt.

Die Zielsetzung des Kölner Leitbildes ist die Positionierung Kölns in der Konkurrenz zwischen den Städten und Metropolen: „Köln steht im Wettbewerb mit Städten und Stadtregionen in Deutschland, in Europa und der Welt“, heißt es in der Präambel. Im ersten Abschnitt: „Städte und Regionen konkurrieren heute und in Zukunft mehr denn je um Menschen, Unternehmen, Wissens- und Kultureinrichtungen. Wer in diesem Wettbewerb überzeugende Argumente hat, wird als Standort und Lebensraum zukunfts-fähig sein.“

## Die Vorgeschichte

Zur Standortfrage hatten sich Kölner Politiker in der Vergangenheit sehr oft positioniert. Erinnert sei an Köln: „Wirtschaftszentrum West“. Bereits im Mai 1999 hatte sich der damalige SPD-Oberstadtdirektor Heugel, bundesweit bekannt wegen seiner verbotenen Insider-Aktiengeschäfte, auf dem Gewerkschaftstag der Kölner Komba dafür ausgesprochen, dass es ein Leitbild geben soll:

„Wir brauchen ein Leitbild, nach dem wir handeln und unser Tun unterordnen können. Wir brauchen ein einheitliches Erscheinungsbild nach außen.“ (2)

Noch unter der SPD-Mehrheit war klar, nicht die Lebensqualität der Menschen soll im Mittelpunkt stehen, sondern der „Wettbewerb der Regionen“ (2). Heugels Motto im Oberbürgermeisterwahlkampf lautete dann auch „Köln ist mein Beruf.“ Dazu kam es aber nicht mehr.

Ende 1999 wechselten die Mehrheiten, die CDU stellt den Oberbürgermeister und mit der FDP, später mit den Grünen, die Mehrheit im Rat.

Anfang 2001 machte der IHK-Vizepräsident Bauwens-Adenauer den Vorschlag, ein Leitbild für Köln zu entwickeln. Damals wurde der Vorschlag als genial gefeiert. Da sich die Adenauer-Stiftung seit Jahren mit dem Thema befasst, ein eher naheliegender Gedanke.

Die Lokale Agenda Gruppen sahen zu diesem Zeitpunkt in der Leitbild-Diskussion eine Chan-

ce, ihre Forderungen nach einer nachhaltigen sozialen und ökologischen Politik in der Öffentlichkeit stärker präsentieren zu können. Sie schrieben:

„Die KölnAgenda hat die Diskussion und den Beschluss zur Entwicklung eines Kölner Leitbildes außerordentlich begrüßt, denn Leitbildentwicklung und der Auftrag der Lokalen Agenda 21 haben vieles gemeinsam.“ (3)

Als dann im Dezember 2001 im Stadtrat eine Vorlage von Oberbürgermeister Schramma vorgelegt und verabschiedet wurde, war der Kurs klar: Das Prinzip der Wirtschaftspolitik und die Interessen der IHK würden im Zentrum der Diskussion stehen. Die PDS Offene Liste erklärte im Rat:

„Um die Lokale-Agenda-Gruppen nicht vor den Kopf zu stoßen, werden wir uns bei dieser Abstimmung enthalten.“ (4)

## Der DGB bringt sich ein

Die Forderungen der Lokalen Agenda spielten dann in der Diskussion kaum eine Rolle. Zu Beginn der Diskussion konnte zwar durchgesetzt werden, dass die Frauenpolitischen Forderungen eine gleichberechtigte Rolle in der Diskussion bekamen, aber die vielen anderen Anlie-

gen der Lokalen Agenda gingen unter.

Dem DGB und anderen Gruppen gelingt es punktuell, richtige Forderungen ins Leitbild einzubringen:

„Köln fördert prioritär eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung damit in Köln jeder Mensch die Möglichkeit hat, eine existenzsichernde Erwerbsarbeit auszuüben. Die Förderung von Innovation und Beschäftigung hat Priorität für das Handeln von Rat und Verwaltung.“ (S. 18)

Und:

„Köln investiert zielgerichtet in die Qualifizierung und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, um die Potenziale der kulturellen Vielfalt für die Stadtgesellschaft zu erschließen.“ (Seite 15)

Eine „umfassende Bürgerbeteiligung“ (S. 25) kann man im Leitbild wiederfinden, aber das alles bleiben rote Farbtupfer in einer wettbewerbs- und konkurrenzorientierten Zielperspektive. Sehr deutlich wird das an der Zielvorgabe: „Köln muss an Attraktivität insbesondere für Leistungsträgerinnen und Leistungsträger, für Besucherinnen und Besucher, für Investorinnen und Investoren gewinnen.“ (Seite 8)

## Das Leitbild des deutschen Städtetages

Im Mai 2003 verabschiedete der Deutschen Städtetag ein „Leitbild für die Stadt der Zukunft“. Im Gegensatz zum konservativen Kölner Ergebnis werden hier keine konservativen Perspektiven entwickelt, aber wichtige demokratische Positionen bestimmt, die auch von Sozialisten mitgetragen werden können:

„Entwicklungen auf Bundes-, Landes und der Europäischen Ebene höhlen das Wesen der kommunalen Selbstverwaltung aus. Ohne Wiederherstellung und Bewahrung ihrer Gestaltungsmöglichkeiten werden die Städte ihre Funktionen in der Zukunft nicht wahrnehmen können ... Grundlage der Stadtpolitik ist die lokale Autonomie, wie sie in der verfassungsrechtlichen Garantie der kommunalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt.“

Nicht die Konkurrenz, sondern die kommunale Selbstverwaltung, ist für den Deutschen Städtetag der Ausgangspunkt einer Leitbillediskussion. Ein Ansatz, der im liberal-konservativen Köln keine Chance hatte: „Die Städte gelten zu Recht als Keimzelle und Schule der Demokratie. Dieser Umstand verpflichtet die Stadtpolitik zu einem Höchstmaß an Bürgerorientierung. Lokale Autonomie als Grundsatz der städtischen Politik ist die Voraussetzung für Demokratie und Bürgerorientierung.“ (5)

## Kooperation statt Konkurrenz

Anders als das Kölner Leitbild favorisiert der Deutsche Städtetag, zwischen den Kommunen die „partnerschaftliche Kooperation zu entwickeln, in deren Rahmen die Stadtregionen einvernehmlich ihre Aufgabenstellung definieren“ (5).



## Stimmen zu den Gemeindefinanz-Be- schlüssen der Partei- spitzen am 14.12.2003

Das sieht der Kölner CDU-Oberbürgermeister Schramma anders und vertritt keineswegs Positionen des Deutschen Städtetages, obwohl er in Nordrhein-Westfalen derzeit den Vorsitz inne hat. Im Zuge von Fusionsverhandlungen zwischen den Stadtsparkassen Düsseldorf, Bonn, Leverkusen und Köln brach der Kölner Oberbürgermeister die Verhandlungen mit Düsseldorf ab und vereinbarte eine Fusion mit Bonn und Leverkusen. Seinem Düsseldorfer CDU-Oberbürgermeisterkollegen schlug er weitere Gespräche im zweiten Halbjahr 2004 vor: „Allerdings zu neuen Bedingungen. Köln müsse im Vierer-Verbund einen Anteil von 50 Prozent halten, hieß es.“ (6)

Dieses imperiale Provinzgehave treibt die Konkurrenz zwischen den Städten auf die Spitze und zerstört eine mögliche Kooperation in der Region. Denn ohne eine Kooperation z.B. bei der Müllentsorgung oder bei der Sicherung von kommunalen Verbünden bei der Energieversorgung, können kommunale Unternehmen sich langfristig nur schwer halten. Eine Zusammenarbeit der Kommunen ist eine reale Alternative zur Privatisierung. Im öffentlichen Nahverkehr können auf diesem Wege nicht nur Kosten minimiert, sondern oft auch Lücken in der Nahverkehrsversorgung geschlossen werden.

### Und die Konsequenzen aus der Leitbild-diskussion?

Oberbürgermeister Schramma schlägt jetzt in einer neuen Beschlussvorlage dem Rat vor, grundsätzlich bei allen Beschlussvorlagen zukünftig immer eine Texthinweis mitzuführen, der da lautet: „Der Inhalt des Beschlussvorschlags stimmt mit den Aussagen des Leitbilds Köln 2020 überein/nicht überein“. Im negativen Fall soll das dann auch begründet werden.

So kann der Bezug auf das Leitbild Köln 2020 sowohl zum Abwürgen der Diskussion führen, wie aber auch zu einem bloßen Ritual verkommen, zumal sich der Oberbürgermeister bzw. die Stadtverwaltung zum Oberrichter der Leitbild-Fußzeile aufschwingen.

Die Alternative, eine viel stärkere Bürgerbeteiligung herbeizuführen, wird nicht erwogen. Obwohl Vorschläge für einen Beteiligungshaushalt bzw. Bürgerhaushalt vom DGB Köln (7), der Lokalen Agenda und dem Kölner Sozialforum unterbreitet werden. *Jörg Detjen*

(1) Leitbild Köln 2020, November 2003, Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Laurenzplatz 4, 50667 Köln

(2) taz ruhr und <http://www.komba-koeln.de/Medien/Medienframes.html>

(3) Von Rio an den Rhein, Lokale Agenda 21 und der Kölner Leitbildprozess

(4) Rat der Stadt Köln, Protokoll vom 20. Dezember 2001

(5) Leitbild für die Stadt der Zukunft, Deutschen Städetag, Mai 2003

(6) Kölner Stadt-Anzeiger 6./7. Dezember 2003

(7) Leitsätze zur Kommunalwahl 2004 des DGB Köln

**Deutscher Städetag.** Die Beschlüsse der Parteispitzen zur Gemeindefinanzreform werden den Städten nach Auffassung des Deutschen Städtetages etwas mehr finanziellen Spielraum verschaffen, reichen aber nicht aus, um die kommunalen Finanzprobleme zu bewältigen ... Vor allem das Absenken der Gewerbesteuerumlage werde unmittelbar Geld in die kommunalen Kassen bringen. Das Gesamtvolume der Mehreinnahmen bleibe allerdings deutlich hinter den Erwartungen der Städte zurück und reiche angesichts der hohen kommunalen Defizite und des dramatischen Verfalls der Investitionen nicht aus. Das bestätigte auch das heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte kommunale Defizit in den ersten neun Monaten 2003 in Höhe von 8,7 Milliarden Euro ...

„Die Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit ist abgewendet. Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit wird nicht von einer nationalen in eine lokale Aufgabe umgewandelt“, hob Städetagsgeschäftsführer Articus hervor: „Ein großes Fragezeichen bleibt allerdings, ob die dringend notwendige und immer wieder versprochene deutliche finanzielle Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben tatsächlich eintritt.“ Lösungsvorschläge, wie die Kommunen hier – wie vom Kanzler versprochen – um 2,5 Milliarden Euro entlastet werden, stünden noch aus ...

Zur Gewerbesteuer stellte Articus fest: „Das ist keine Reform der Gewerbesteuer, sie wird in ihrer Struktur nicht wesentlich verbessert, aber die Städte müssen endlich wieder weniger von ihrer wichtigsten Steuer an Bund und Länder abführen. Außerdem ist Schaden von der Gewerbesteuer abgewendet worden: Sie wird weder demontiert noch abgeschafft, wie dies in den vergangenen Monaten mehrfach im Gespräch war.“ Da das Absenken der Gewerbesteuerumlage den seit langem erhobenen Forderungen der Städte nach Soforthilfe entspreche und keine echte Reform bei den Einnahmen der Kommunen darstelle, müsse eine aufgaben-gerechte Finanzausstattung der Kommunen auf der Tagesordnung bleiben. [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

**Deutscher Städte- und Gemeindebund:** Die jetzt beschlossenen Verbesserungen für die Kommunen sind aber kein Ersatz für die weiterhin notwendige Gemeindefinanzreform. Wenn es zu einer grundlegenden Steuerreform kommt, muss auch die Finanzausstattung der Kommunen neu geregelt werden. Un-

verzichtbar dabei ist, dass Band zwischen Wirtschaft und Kommune zu stärken, insbesondere auch gut verdienende Großunternehmen wieder an der kommunalen Infrastruktur zu beteiligen und die kommunalen Einnahmen zu verbessern. Nur so können Investitionen ermöglicht und Arbeitsplätze geschaffen werden. [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)

**Bayerischer Städetag.** Deimer bedauerte vor allem, dass die in Aussicht gestellte Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer von 2,2 auf 3 Prozent nicht beschlossen wurde. Zur Verringerung der Gewerbesteuer-Umlage meinte der Vorsitzende des Städetags: „Die Senkung der Gewerbesteuer-Umlage ist nichts anderes als die Beendigung eines legalisierten Diebstahls. Denn die Annahmen für die Erhöhung der Umlage sind nie eingetreten“. Für Deimer ist es ein Rätsel, wie man dieses Ergebnis als Erfolg verkaufen kann ... Zugleich machte Deimer kein Hehl daraus, dass er Zweifel an der Reformfähigkeit dieses Landes hat. Die Reform der Gemeindefinanzen wurde bereits unter der Ära Kohl angekündigt, in der ersten Wahlperiode vom Bundeskanzler Schröder als wichtigstes Vorhaben hervorgehoben und erst im letzten Jahr wurde eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen eingesetzt, deren Ergebnisse dann bei einem Abendessen in Hannover wegweischt wurden. Deimer: „Während es Union und Bundesregierung offenbar keine Probleme bereitet, der Versicherungsbranche rückwirkend Steuererleichterungen in Milliardenhöhe zu kommen zu lassen, werden die Kommunen permanent weiter vertröstet“. Für Deimer ist es unverständlich, dass man die soziale und ökonomische Infrastruktur in den Städten und Gemeinden sehenden Auges aufs Spiel setzt. Deimer: „Wenn die Städte keine guten Standorte mehr sind, im internationalen Vergleich, dann nützen auch die sonstigen Reformen in diesem Land nichts.“ [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de)

**Gewerkschaft verdi.** Bsirske bedauerte, dass die „Gemeindefinanzreform offensichtlich gescheitert“ sei. 2,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen für die Städte und Gemeinden seien zwar besser als gar nichts. „Eine Reform ist das Ganze deshalb aber noch lange nicht.“ Das Finanzierungsdefizit der Kommunen habe schon nach den ersten drei Quartalen bei 8,7 Milliarden Euro gelegen. Damit sei klar, dass „die erforderlichen Investitions- und damit Beschäftigungs-impulse auch hier ausbleiben werden“, unterstrich der Gewerkschafter. Die Gemeindefinanzen würden so jedenfalls nicht langfristig stabilisiert.

[www.verdi.de](http://www.verdi.de)  
Zusammenstellung: baf

# Proteste von Grünen und der PDS

Der Stadtrat von Stralsund hat am 11.12.2003 den Verkauf der Sparkasse beschlossen. Land und Sparkassenverband sind dagegen. Die Konkurrenz dagegen ist äußerst aktiv. Kaum wurde bekannt, dass die Commerzbank an der Übernahme der Stralsunder Stadtsparkasse interessiert ist, beriet die Bank in ihrer Frankfurter Zentrale bereits weitere Kommunen aus Ostdeutschland und eine aus den alten Bundesländern.

Der Verwaltungsrat der Stralsunder Sparkasse hatte beschlossen, den Verkauf zu prüfen. Mit der Mehrheit von SPD und CDU hat nun auch die Stralsunder Bürgerschaft die Verkaufsabsicht bekräftigt. Hintergrund dieser Entscheidung ist die angespannte Finanzlage des Institutes mit erheblichen Kreditrisiken vor allem im Immobilienbereich. Des Weiteren erwartet sich die Stadt Stralsund durch einen Verkauf Einnahmen, die sie in die Sanierung von Bildungs- und Kultureinrichtungen stecken möchte.

Das Finanzministerium hat als zuständige Fachaufsicht nach dem Sparkassengesetz die Prüf-Entscheidung des Verwaltungsrates aufgehoben. Eine von der Stadt beauftragte Anwaltskanzlei kündigte bereits rechtlichen Widerstand dagegen an.

Um die Bestimmungen des Sparkassengesetzes zu umgehen, soll die Sparkasse ihren Geschäftsbetrieb verkaufen und anschließend soll die Stadt als Sparkassenträger die Institution Sparkasse abwickeln. Im engeren Sinne gäbe es daher keinen Verkauf der Sparkasse.

Umstritten ist allerdings, ob die Sparkassenträgerschaft zu den Pflichtaufgaben der Stadt gehört. Wäre dies der Fall, so könnte die Stadt die Sparkasse nicht abwickeln.

## Position von Bündnis 90/Die Grünen

Aus Sicht der Grünen handelt der Stralsunder OB Lastovka kurzsichtig. Zwar könnte er dem angeschlagenen Stadthaushalt mit dem Verkauf der Sparkasse kurzfristig zusätzliche Liquidität verschaffen, mittelfristig und langfristig wäre es für die regionale Wirtschaft aber auch für die sonstigen Kunden der Sparkassen fatal, wenn die Sparkasse nicht mehr in gewohntem Maße ihrem öffentlichen Auftrag nachkommen würde.

Dieser beinhaltet nämlich, „auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbs erfordernisse für ihr Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise und insbesondere des Mittelstandes mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche ihres Geschäftsgebietes sicherzustellen. Sie unterstützen die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozia-

len und kulturellen Bereich.“ Es dürfte unstrittig sein, dass dieser öffentliche Auftrag nicht kompatibel ist, mit den auf dem Shareholder-Value beruhenden Renditezielen weltweit agierender Großbanken.

Im Gegensatz zum Verkauf schließt das Sparkassengesetz die Fusion mehrerer Sparkassen jedoch nicht aus. Eine Fusion wäre zudem sinnvoll, um die Sparkassen auf den Wegfall der staatlichen Gewährsträgerhaftung nach 2005 vorzubereiten. Diese staatlichen Kreditgarantien verschaffen den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten derzeit noch eine herausragende Bonität auf dem Geldmarkt.

12.12.2003. [www.m-v.gruene.de](http://www.m-v.gruene.de)

## Aus der Rede der PDS-Fraktion

Der von Herrn Hennig als Fraktionsvorsitzender der CDU und Herrn Haack als Fraktionsvorsitzender der SPD unterschriebene Antrag muss abgelehnt werden, weil:

1. die Forderung nach einem Verkauf der Sparkasse Stralsund an einen Privaten rechtswidrig ist,

2. die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund für einen solchen Beschluss unzuständig ist, er also auch gegen die Kommunalverfassung verstößt,

3. selbst wenn die Bürgerschaft zuständig wäre und es sich bei der Sparkasse um Eigentum handeln sollte, wäre auch dann der vorliegende Beschluss rechtswidrig.

4. Doch selbst wenn in Stralsund das Recht nicht mehr gelten sollte: dann wäre ein solcher Beschluss eine wirtschaftspolitische Katastrophe für die Stadt Stralsund, ein haushaltspolitischer Selbstmordakt für den Haushalt der Hansestadt Stralsund, eine kommunalpolitische Bankrottserklärung von SPD und CDU und das vorläufige Finale einer Orgie der Selbstgefälligkeit und Verantwortungslosigkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt.

Völlig zu Recht und überhaupt nicht unerwartet löst das heute zur Diskussion stehende Vorhaben bundesweit eine Welle des Protestes bei all denjenigen aus, die Staat und Verwaltung, eben nicht – wie der Oberbürgermeister –, als Selbstbedienungsladen für die Interessen von Privatkapital und Anlegern und schon gar nicht als rechtsfreien Raum betrachten.

... Deshalb beantragt die PDS-Fraktion

1. eine namentliche Abstimmung zu folgendem Änderungsantrag:

„Punkt 1 wird wie folgt neu gefasst: „Angesichts der Veränderungen durch die anstehende Gebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern und angesichts der veränderten Rahmenbedingungen im Bankensektor wird die Hansestadt Stralsund die Möglichkeit prüfen, die Spar-



kasse der Hansestadt Stralsund durch eine Fusion mit einem anderen öffentlich-rechtlichen Kreditinstitut zu stärken.

Die Punkte 2 – 5 werden gestrichen.“

2. Sollte dieser weitestgehende Antrag abgelehnt werden, so beantragt die PDS-Fraktion – ebenfalls in namentlicher Abstimmung – über folgenden Änderungsantrag zu entscheiden:

Es wird ein Punkt 6. angefügt:

„Die Bürgerschaft beschließt die Durchführung eines Bürgerentscheides gemäß § 20 Abs. 4 der Kommunalverfassung über die Frage: „Sind Sie für einen Verkauf der Sparkasse der Hansestadt Stralsund an ein privates Unternehmen?“

Als Begründung sind die Punkte 1 – 5 dieses Beschlusses anzufügen.

Der Bürgerentscheid findet am 13. Juni 2004 im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen statt.“

... Für den Fall, dass die Bürgerschaft selbst nicht den Mut hat, sich den Bürgerinnen und Bürgern zu stellen, wird die PDS gemeinsam mit anderen einen Bürgerentscheid durch ein Bürgerbegehren erzwingen: die erforderlichen 6.000 Unterschriften werden wir nach den bisherigen Erfahrungen sicher schnell zusammentragen und morgen damit beginnen! [www.pds-fraktion-stralsund.de](http://www.pds-fraktion-stralsund.de)

## Aus der Erklärung des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Voigt ermutigte die kleinen und mittleren Unternehmer der Hansestadt, sich massiv gegen die Entwicklung in Stralsund zu wehren und sich für den Erhalt der Sparkasse einzusetzen. „Mit der Sparkasse verlieren sie ihren wichtigsten Kreditgeber.“ Voigt erinnerte daran, dass sich die Privatbanken aus der Fläche zurückgezogen haben und nur in Ausnahmefällen dem Mittelstand Kredite gewähren. Er verwies auf die vielen sozialen und kulturellen Projekte in Stralsund, die erst durch das Engagement der Sparkasse und der Ostdeutschen Sparkassenorganisation ermöglicht werden konnten. Privatbanken förderten Großprojekte, wie Ausstellungen in Frankfurt am Main, aber nicht kleinere, regionale, für die Bürger wichtige Vorhaben in den Regionen.

[www.osgv.de](http://www.osgv.de)

## **Kahlschlag – Es ist Zeit, dass wir uns quer stellen**

# **„Rettet die Bildung – Bildet die Rettung“**

**Das waren Parolen, die zur Protestkundgebung am Mittwoch, 10. Dezember 2003 in Hannover aufgerufen haben. Mehrere Tausend, Beschäftigte der Ämter, Landesverwaltungen aus Niedersachsen, Kindergärten, Kitas, Studenten aus ganz Niedersachsen, waren diesem Aufruf gefolgt.**

Aufgerufen hatte das Bündnis gegen Sozialabbau, in dem u. a. vertreten sind: Mieterverein, Deutscher Mieterbund, Erwerbslosenausschüsse, Schuldnerberatung, Kitas, Asten, Flügelingsrat Niedersachsen, attac Hannover, kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Sozialverband Deutschland, Landesverband Nds. Kitalandeselternvertretung, Landesarmutskonferenz, LAG Soziale Brennpunkte Nds. Haus kirchliche Dienste der ev.-luth. Landeskirche Hannover, Naturfreunde Jugend Nds., SJD Die Falken Bezirksverband Hannover, Zepra LAG der Arbeitslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen, DGB Bezirk Nds., Seniorenvertretungen sowie Betriebsrättinnen/Betriebsräten, Personalrättinnen und -räte, Senioren aus den verschiedenen Gewerken und über 70 Groß- und Kleinbetrieben

Sie protestierten anlässlich der Haushaltsberatungen im Landtag in der Nähe des niedersächsischen Landtags, der hermetisch und weiträumig von einem starken Polizeiaufgebot, mit Wasserwerfern und Reiterstaffeln im Hintergrund, abriegelt war.

### **Gegen was hat sich der Protest gerichtet?**

In verschiedenen Flugblättern wurden die Angriffe der Landesregierung beschrieben:

- Schließung von Hochschulstandorten, – Streichung von Stellen in Wissenschaft, Lehre und Hochschulverwaltung, – Abbau von Studienplätzen,
- Kürzung der Gelder von den Studentenwerken,
- Einkassieren der Hochschulautonomie,
- Kürzung des Weihnachts- und Streichung des Urlaubsgeldes von Beamten und
- einen Abbau von über 8.000 Arbeits-

**Postkartenaktion an den niedersächsischen Ministerpräsidenten, 40.000 Karten wurden von einzelnen Leuten verschickt.**



plätzen im Landesdienst, davon 1.130 bei den Hochschulen,

- massive Kürzungen im Bildungsreich, z.B. bei der Schülernachhilfe und -beförderung sowie der Lernmittelfreiheit,
- Kürzungen bei den Staatstheatern, -Gichten und Staatsanwaltschaften, – Streichungen bei der Behindertenhilfe und beim Landesblindengeld.

Die CDU/FDP-Landesregierung sagt, sie habe kein Geld. Gleichzeitig verschenkt sie aber jährlich 150 Millionen Euro Steuereinnahmen, indem sie 300 Stellen für Betriebs- und Fahndungsprüfer streicht. Statt die Arbeitslosigkeit zu verringern, werden über 8.000 Arbeitsplätze durch diese Maßnahmen vernichtet. Statt das soziale Netz zu stärken und auszubauen, wird es in weiten Bereichen brutal zerschlagen.

Statt Bildungschancen zu verbessern, werden die Arbeitsbedingungen im Bildungswesen weiter verschlechtert, Qualität abgebaut und die soziale Auslese verschärft.

Statt eine bürgerliche Verwaltung zu schaffen, wird sich das Dienstleistungsangebot der öffentlichen Einrichtungen verschlechtern.

### **Aus dem Flugblatt von verdi:**

„Die Katze ist aus dem Sack. Niedersachsen droht seinen Beschäftigten. Originalton Finanzminister Hartmut Möllring in einer Pressekonferenz am 18.11.03: Entweder macht ver.di mit oder

wir müssen Kündigungen aussprechen!

Im Klartext heißt das: Diese Landesregierung verstößt gegen die im Frühjahr vereinbarten Tarifverträge zwischen ver.di und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Besonders pikant: Finanzminister Möllring ist seit kurzem Verhandlungsführer der TdL. Damit droht die Landesregierung:

- Kürzung des Weihnachtsgeldes,
- Streichung des Urlaubsgeldes,
- Heraufsetzen der Arbeitszeit auf 40 Stunden für alle! und wenn ver.di dies nicht verhandelt, dann will sie dies – mit Änderungskündigungen und mit betriebsbedingten Kündigungen einzelvertraglich durchsetzen. Aber, wir lassen uns nicht erpressen! Eine tarifvertragliche Verlängerung der Arbeitszeit ist mit ver.di in Niedersachsen nicht zu machen!! Die Beschäftigten sind nicht bereit, für die Fehler von Politikern in der Steuer- und Finanzpolitik zu bezahlen. Tarifbruch? – ohne uns!!!

### **Flugblatt zu den Kürzungen im Kitabereich:**

Weiterhin plant die niedersächsische Landesregierung einen massiven Qualitätsabbau in den Kindertagesstätten:

- Aufweichung bisheriger Standards, Aufstockung der Gruppengröße,
- Doppelnutzung von Gruppenräumen für KiTa- und Hortgruppen,
- Veränderung der Verfügungs- und Arbeitszeiten,
- Verschlechterung pädagogischer Stan-

In einem Kommentar des Rundblicks Nord-report Dreiquellenverlag GmbH, einem Mitteilungsblatt rund um die Politik der Landesregierung und Parteien war zu lesen:

## Zum Tage: In der Festung

(rb) Die Tage, als frei gewählte Abgeordnete im Parlament unbehelligt Gesetze beschließen und tagesaktuelle Fragen debattieren konnten, sind offenkundig vorbei – zumindest in Niedersachsen. Mit der angespannten Haushaltsslage des Landes ist es auch im Landtag ungemütlich geworden. In dieser Woche will der Landtag den umstrittenen Landshaushalt 2004 verabschieden.

Interessengruppen jeglicher Couleur wollen sich daher im Angesicht des Parlaments versammeln – zum Teil in gebotener räumlicher Distanz, aber zum Teil bedrohlich nahe am Plenarsaal. Kabinettsmitglieder, die drastische Mittelkürzungen zu vertreten haben, mussten bereits im Vorfeld bei öffentlichen Auftritten zur Verteidigung der Haushaltssolidierung mit tätlichen Angriffen fertig werden. Besonders betroffen ist davon zurzeit Wissenschaftsminister Lutz Stratmann, dem nach den Regularien der Landesregierung kein Personenschutz zusteht wie etwa den von Haus aus eher von Krawallmachern bedrohten Ministerpräsidenten oder Innenminister, bisweilen der Justizministerin.

Nicht zuletzt die Angriffe auf Stratmann haben Landtagspräsident Jürgen Gansäuer dazu bewogen, für das Parlament die Reißleine zu ziehen. Erstmals in der Geschichte des Landtages steht das Hohes Haus während einer an sich ganz normalen Plenarwoche unter Polizeischutz. Es soll vermieden werden, dass kritische Besucher mit einem schrägen Demokra-

tieverständnis im Plenarsaal ein Happening veranstalten können und die Abgeordneten den Etat ordnungsgemäß beraten und verabschieden können.

Der Landtag stand bereits einmal unter Bedrängnis von mehr oder minder Gewalt bereiten Demonstranten. Ende der 80-er Jahre hatte die damalige Finanzministerin Birgit Breuel (CDU) den Versuch gemacht, Studiengebühren einzuführen und damit den Zorn von Studentengruppen auf die Landesregierung und das Parlament gezogen. Seinerzeit war man im Landtag und offenkundig auch bei der Polizei auf diese Lage nicht vorbereitet – mit dem Ergebnis, dass die Parlamentarier im Leineschloss praktisch „eingekesselt“ waren: Niemand kam hinein und niemand hinaus. Selbst der Landtagsparkplatz war von Demonstranten blockiert. Solchen Ereignissen will Gansäuer als Hausherr des Parlaments, der auch persönlich in jüngster Zeit mit einer Reihe von Drohbriefen „von gänzlich neuer Qualität“ konfrontiert wurde, jetzt vorbeugen: Besuchergruppen werden mit Ausweiskontrollen rechnen müssen, Rucksäcke in der Garderobe abzugeben sein und der Weg zur Besuchertribüne zum Teil mit uniformiertem Begleitschutz erfolgt.

Der Präsident legt dabei Wert darauf, dass die Polizei nicht unauffällig im Hintergrund, sondern in Uniform gut sichtbar präsent ist – auch vor dem Landtagsportal. Wehret den Anfängen, findet Gansäuer und will jedem Versuch, „Weimarer Verhältnisse“ herzustellen, einen Riegel vorschieben. Das Parlament müsse unbedrängt und frei entscheiden können und Demokratie ungehindert stattfinden dürfen, ist seine Maxime. Bei allem Verständnis bleibt zu hoffen, dass diese Form der Demokratiewahrung nicht zum Dauerzustand wird. Az

Künftig werden das Kinderverwahranstalten, wenn das die Lehre aus Pisa sein soll. Aufgrund der Postkartenaktion war in der Presse zu lesen, dass bei Kindern nicht gekürzt wird, das ist eine Mogelpackung, um uns Sand in die Augen zu streuen, und die Mehrbelastung wird den Städten und Gemeinden zugeschoben. Wer ist aus dem Schneider? Die Landesregierung! Kommunen sind pleite, die verfehlte Steuerpolitik wird nicht nur von Rot-grün betrieben, sondern die Regierung Kohl hat die Grundsteine schon dazu gelegt. Anstatt verlässlichen Gewerbesteuereinnahmen geht die Landesregierung gegen Beschäftigte vor. Motiviert man so Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Nein! VW zahlt keine Gewerbesteuer, den Großen wird's gegeben, den Kurzen wird's genommen, da kann es einem schlecht werden. Das Land stiehlt sich aus der Verantwortung gegenüber Eltern, Kindern und Beschäftigten. Kindertagesstätten sind nicht Spardose des Landes, sondern Grundstein für Bildung, Mindeststandards müssen gehalten werden. Ministerpräsident Wulff und Innenminister Schünemann, Hände weg vom Kitagesetz, wir lassen uns diesen Angriff nicht gefallen, wir sind erst in Übung, wir haben viele Verbündete. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Mit uns müssen Sie jederzeit rechnen.“

Weitere Protestkundgebungen sind vom Kitadelegiertenrat am 18. Dezember geplant. Am 17. Dezember ruft der Arbeitskreis Gesamtschulen im Stadtteilernrat Hannover zur Protestkundgebung auf gegen Erhöhung der Klassenstärken, Aufrechterhaltung der versprochenen Lehrerstundenversorgung, Berücksichtigung der Integrations- und Differenzierungsleistungen bei der Lehrerstundenzuweisung, keine Reduzierung der Schülerpflichtstunden, Keine Absendung des Ganztagszuschlags, Vollständige Durchlässigkeit zu den anderen Schulformen, insbesondere Gleichwertigkeit aller Abschlüsse.

### Der Sprecher der Studierenden, vom AStA Uni -Hannover, sagte:

„Die Kürzungen, die wir gehört haben, sind nur die Spitze des Eisbergs. Wir lehnen Kürzungen konsequent ab“, dies wurde mit lautstarkem Protest unterstützt.

Er sagte weiter: „Wir werden Kürzungen nicht kampflos hinnehmen. Das Ziel der Landesregierung: schnelle Verwertbarkeit der Bildung auf dem Markt. Plume Technoausbildung für den Markt, geisteswissenschaftliche Bereiche besonders betroffen. Die Kürzungen sind ein Angriff auf die Aufklärung. Nach der Landesregierung hat sich die Bildung dem Markt zu unterwerfen. Sie ist aber ein Grundrecht für alle. Auch Angriffe auf die Hochschulautonomie sind geplant. Per Ermächtigung sollen Studienbereiche geschlossen werden. Dies ist den Hochschulpräsidenten angekündigt worden, weil sie sich aufgrund von Pro-

dards. Angesichts der Ergebnisse der PISA-Studie, die der vorschulischen Bildung eine besondere Bedeutung zuschreibt, ist der geplante Abbau von Standards ein Angriff auf die Arbeit der Kindertagesstätten, die damit wohl einen Betreuungs-, aber nicht einen Bildungsauftrag wahrnehmen können. Keine Kürzung bei den Kurzen!“

Zu Beginn der Kundgebung sprach Finanzminister Möllring und vertrat unbbeeindruckt vom Protest seinen Sparkurs, gegen weiteres Schuldenmachen mit dem bekannten Appell, an die Zukunft der Kinder zu denken.

Der Landesbezirksvorsitzende Denia vom verdi plädierte dafür, sich das Geld für gerechte und gute Bildungschancen bei denen in der Gesellschaft abzuholen, die sich jeden Tag armrechnen. „Es kann doch wohl nicht sein: Dass die Politik zur Glucke des Kapitals wird. Milliardenbetrügereien von großen Konzernen zugelassen werden und ganze 5 Zeilen dazu in der Zeitung stehen. Die Beschäftigte der

Landesregierung sollen mit Einschränkung der Einkommen und Entlassungen abgestraft werden. Der Landtag geht gegen Rentner, Schüler, Studenten und Arbeitnehmer vor und die starken Schulttern werden geschont, dagegen stehen wir auf. Wir wollen Gerechtigkeit in diesem Lande und nicht, dass die hässliche Fratze des Kapitals regiert.“ Dafür gab es breiten Beifall.

Die Vertreterin der Kitas, die zuvor 40.000 unterschriebene Karten mit der Forderung „Bildung von Anfang an – Hände vom KiTag!“ an Ministerpräsident Wulff geschickt hatten, forderte „Keine Kürzung bei den Kurzen“. Sie ging auf die Zusage der Landesregierung ein, dass bis zum 3. Kindergartenjahr keine Elternteilpräfte erhoben werden. „Jetzt hat die Landesregierung ein schlechtes Gedächtnis, wir haben diese Zusagen nicht vergessen. Heute sind der Mindeststandard 25 Kinder, dieser soll künftig erhöht werden. Es wird der Bildungsauftrag verkündet, wie passt das zusammen.

test bisher nicht in der Lage gesehen haben, Pläne der Landesregierung umzusetzen.

Präsidenten und Hochschulleitungen sind aufgefordert, sich auf die Seiten der Studierenden zu stellen gegen Studiengebühren. Bildung für alle und zwar umsonst. Es geht um die egalitären Interessen. Wir müssen den Kürzungen entgegentreten. Unser Protest wird weitergehen, wir werden unseren Kurs nicht aufgeben. Dafür werden wir auf die Straße gehen mit unseren Kollegen aus dem Lohnempfängerbereich. Wir werden Verbindungen knüpfen auch auf der Straße, es trifft auch den anderen.“

Am 12.12. wurde der Haushalt mit den oben beschriebenen Kürzungen mit der CDU-FDP-Mehrheit beschlossen. Ebenso wurden ein neues Polizeigesetz sowie die Änderung des Landesmediengesetzes verabschiedet. Mit dem neuen niedersächsischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung treten auch ein neues Unterbringungsgewahrsamgesetz sowie ein überarbeitetes Gesetz zum Verfassungsschutz in Kraft. Nach Berichterstattung der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ beinhalteten die wichtigsten

Änderungen:

- präventive Telefonüberwachung,
- Unterbrechung von Telefongesprächen,
- finaler Rettungsschuss,
- bei Planung von gewalttätigen Protesten können Personen bis zu zehn Tagen eingesperrt werden (Unterbringungsgewahrsam),
- der Ordnungsbegriff wird Bestandteil des Polizeigesetzes, d. h., die Polizei wird zuständig, z. B. wenn jemand ein Kaugummi ausspuckt,
- Banken, Postfirmen, Telefonunternehmen und Luftfahrtbetriebe müssen dem Landesamt für Verfassungsschutz Kundendaten zur Verfügung stellen,
- Wohnungen politischer Extremisten dürfen künftig mit Wanzen und starken Mikrofonen überwacht werden,
- das Anpeilen von Handys wird erlaubt,
- Daten über Verdächtige kann der Verfassungsschutz künftig 15 statt wie bisher 10 Jahre aufheben.

Gegen diese verabschiedeten Gesetze ist Protest ebenso so notwendig wie gegen die verabschiedeten Haushaltsgesetze. Denn diese Gesetze ermöglichen es, gegen den sich formierenden Protest verschärft einzuschreiten.

## Proteste gegen Sozialabbau – Warnstreik der IG Metall Schweinfurt

Am 9.12.03 verließen rund 5000 MetallerInnen ihre Arbeitsplätze und demonstrierten gegen Sozialabbau. Im Mittelpunkt der Proteste standen dabei naturgemäß die Angriffe auf die Tarifautonomie, aber auch die anderen Schweinereien von Hartz, Rürup u. Agenda 2010.

Auf der Kundgebung wurde ein Flugblatt verteilt, das von einer neuen Bündnisstruktur erstellt wurde. Daran nehmen Menschen aus den verschiedensten Bereichen des sozialen Widerstands teil, die sich auf Initiative der Schweinfurter Erwerbslosenorganisationen zusammengefunden haben.



Anfang nächsten Jahres soll daraus unter Federführung des DGB ein soziales Bündnis entstehen, das alle Bereiche abdeckt.



**Banken und BDI begrüßen Einrichtung einer Bilanzpolizei.** – HB, Montag, 8.12.

03. Unternehmensverstöße gegen Rechnungslegungsvorschriften sollen künftig von einer Bilanzpolizei geprüft werden. Wenn Aufsichtsrat und Wirtschaftsprüfer versagen, soll die Bilanzpolizei nach dem Bilanzkontrollgesetz das Vertrauen der Anleger retten, „Wir begrüßen alle Maßnahmen, die das Vertrauen der Anleger stärken“, sagte K. Burkhardt, Geschäftsführerin für Bilanzierung und Mittelstandspolitik beim BdB, ein BDI-Vorstandspflichtete bei.

**Dt. Krankenhausgesellschaft erleichtert über Bereitschaftsdienst-Kompromiss.** – Der Bereitschaftsdienst für Ärzte soll, nach Änderung des neuen Arbeitszeitgesetzes im Vermittlungsausschuss, erst in 1 1/2 bis 2 Jahren als volle Arbeitszeit gelten. Außerdem darf die wöchentliche Arbeitszeit von Ärzten und Pflegern 48 Stunden im Durchschnitt von 4 Monaten nicht überschreiten. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft zeigte sich erleichtert über den Kompromiss. „Es wäre schlicht unmöglich gewesen, das neue Gesetz zum 1. Januar 2004 umzusetzen“, sagte DKG-Sprecher A. Priefler. Jetzt hätten alle Krankenhäuser „Rechtssicherheit“ und mehr Zeit, sich auf die neue Lage einzustellen. Kein Krankenhaus werde zu den alten Zuständen mit 30-Stunden-Arbeitszeiten am Stück zurückkehren, allerdings glaubt die DKG nicht, dass es ihr gelingen wird, sich mit dem Marburger Bund auf eine bezahlbare Regelung zu einigen. Der Dachverband sieht jährliche Mehrkosten von ca. 3,34 Mrd. Euro auf die Krankenhäuser zukommen, weil 61 000 zusätzliche Ärzte und Pfleger eingestellt werden müssten.

**Wirtschaftsverbände begrüßen Aufhebung der Stahlzölle durch USA.** – HB, Freitag/Samstag, 5./6.12.2003. „Der Schlüssel zur Lösung dieses Handelskonflikts lag in Washington“, erklärte BDI-Hauptgeschäftsführer L. von Wartenberg. Auch die Wirtschaftsvereinigung Stahl zeigte sich erleichtert, dass Bush den drohenden Handelskrieg mit der EU verhindert hat.

**Auf Umwegen ins Irak-Geschäft.** – HB, Donnerstag, 11.12.03. Die Wirtschaft gibt sich betont gelassen. „Für uns sind die Unteraufträge entscheidend, die auch nach dem US-Beschuss international ausgeschrieben werden, so K. Friedrich vom Verband Deutscher Maschinen und Anlagenbau. Lt. DIHK-Experten J. Münker hätten US-Unternehmen wie Bechtle 90 % ihres Auftragsvolumens an andere Unternehmen weiter vermittelt.

Presseauswertung: rst

Der Parteivorstand der DKP hat einen Entwurf für die Bundesmitgliederversammlung am 10. Januar 2004 in Berlin beschlossen, **der eine Kandidatur der DKP zu den Europawahlen** vorsieht. In dem Beschluss heißt es u.a.:

„Nehmen Sie an außerparlamentarischen Aktionen, Demonstrationen und Streiks für eine andere Politik in Europa teil und unterstützen sie das Stattfinden solcher Aktionen auch im Rahmen des EU-Wahlkampfs! Unterstützen wir gemeinsam den europaweiten Aktionstag gegen Kriegspolitik und Sozialabbau Ende März 2004!

Fördern Sie das Stärkerwerden der Gegenkräfte zum Europa der Banken und Konzerne, zum Europa der Sozialabbau-, Militarisierungs- und Kriegspolitik – durch Teilnahme und Unterstützung außerparlamentarischer Aktivitäten wie durch aktive Mithilfe beim Zustandekommen einer Kandidatur von alternativen Kräften in Form DKP, die mit einer Offenen Liste kandidiert!

Geben Sie Ihre Stimme bei dieser Wahl für eine Alternative zum imperialistischen Europa des Großkapitals, für ein anderes, friedliches, soziales und demokratisches Europa ab! Stimmen für die Offene Liste der DKP sind Stimmen für die Sammlung und Zusammenführung derjenigen, die ein anderes Europa wollen und das Zusammenwirken der alternativen linken und demokratischen Kräfte ohne Ausgrenzung und ohne Führungsansprüche beför-dern wollen!“

Der stell.**DKP-Vorsitzende Rolf Priemer** erklärte u.a. in einem Referat:

„Aufgrund der gegenwärtigen Bedingungen wird von allen an den Parteivorstand gerichteten Briefen, Beschlüssen und Stellungnahmen vorgeschlagen, dass die DKP zu den EU-Wahlen eine Wahlplattform erarbeitet und mit einer Bundesliste, die für Nichtmitglieder offen ist, kandidiert. Zu Recht wird die Auffassung vertreten, dass aufgrund der Entwicklung der ‚Partei des demokratischen Sozialismus‘, ihrer Rolle als Helfershelfer beim Sozialabbau in Berlin, in anderen Ländern und in Gemeinden unsererseits ein Aufruf zur Wahl der PDS diesmal nicht in Frage kommen kann. Natürlich bedauern wir ihre Ausgrenzungs-politik und auch die Tatsache, dass unsere mehrfach – schriftlich und mündlich – vorgetragenen Versuche, uns über die Europawahlen auszutauschen, kein Echo gefunden haben. Mit einer Eigenkandidatur kann die DKP offen für ihre Ziele und unsere Partei werben, weitere Aktionen und Initiativen des Widerstands gegen Sozialabbau, Demokratieabbau und Kriegspolitik anstoßen und für die Bündelung und Sammlung alternativer Kräfte zur der-zeitigen EU-Entwicklung im Wahlkampf werben.“

### Das Neue Deutschland schreibt zur DKP-Kandidatur:

„Für Lothar Bisky gibt es vor dem ‚Superwahljahr 2004‘ kein Wenn und Aber: Dann ‚muss der PDS die Rückkehr in die Bundespolitik gelingen‘. Neben den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg will man sich vor allem auf die Europawahlen im Juni 2004, den ersten bundesweiten Urnengang seit dem PDS-Wahldebakel im September 2002, konzentrieren.

Denn der erhoffte Wiedereinzug ins Europaparlament, so die Wahlstrategie der Sozialisten, habe ‚geradezu existenzentscheidende Bedeutung‘ für die Zukunft der Partei. Zur Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde will die PDS vor allem im Westen ‚gezielt die kritischen Kräfte in den Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen sowie die globalisierungskritischen Bewegungen ansprechen‘.

Möglicherweise unerwartete Konkurrenz bekommen die Sozialisten dabei von der Deutschen Kommunistischen Partei. Zwar steht das Okay der Bundesmitgliederversammlung noch aus. Doch eine Wahlbeteiligung der gemäßigten Kommunisten gilt so gut wie sicher. Die DKP, die in den letzten Jahren in den alten Bundesländern häufig auf offenen Listen der PDS zu Wahlen antrat, zieht es vor, im kommenden Juni mit eigener Liste einzutreten. Einer der Gründe: Die Regierungsbeteiligung der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und – vor allem – in Berlin. In der DKP sieht man die Sozialisten ‚als Helfershelfer beim Sozialabbau‘. Außerdem zeigte sich DKP-Chef Heinz Stehr enttäuscht darüber, dass alle Versuche, mit der PDS über die Europawahlen ins Gespräch zu kommen, ohne Echo blieben.

„Illusorische Hoffnungen“ auf ein besonders hohes Stimmergebnis macht sich Stehr zwar nicht. Bei den letzten Europawahlen, zu denen die DKP mit einer eigenen Liste antrat, erreichte man 1989 immerhin fast 60000 Stimmen – die der PDS am Ende fehlen könnten. Bei den kommenden Europawahlen setzt man zudem auf Zuspruch aus den im Erstarken begriffenen sozialen Bewegungen.

... Für die Wahlstrategen der PDS sind die Konsequenzen einer linken Konkurrenz ‚gegenwärtig nicht einschätzbar‘ – nicht zuletzt wegen der bei Europawahlen in der Regel schwächeren Wahlbeteiligung. Bei den letzten Europawahlen kam dies der PDS noch zu Gute: Obgleich die Partei mehr als 100000 Stimmen im Vergleich zur Wahl 1994 einbüßte, legten die Sozialisten wegen des allgemeinen Wahlfrustes von 4,7 auf 5,8 Prozent zu. Bleibt die Wahlbeteiligung auch im Juni 2004 auf dem niedrigen Niveau des letzten Urnengangs, würden etwaige Stimmverluste dann allerdings schwer ins Gewicht fallen.“

Zusammenstellung: jöd

Die Sozialdemokratie arbeitet an einem neuen Grundsatzprogramm. Seit November gibt es eine Publikation der „Redaktionsgruppe Programmkommission der SPD“, die unter dem Titel „Akzente eines neuen Grundsatzprogramms der SPD“ umläuft. Der Text umfasst 18 Seiten DIN A4 (50.000 Zeichen). Er kann bei der SPD als \*.pdf-Datei bezogen werden. Wir wollen uns in dieser und der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte damit auseinandersetzen. Es geht uns dabei um die Frage, welche Bündniskonstellationen sich ergeben können. Bündniskonstellationen sind keineswegs nur mit Blick auf Parteien und Regierungsbeteiligungen gegeben. Sie müssen auch im gesellschaftlichen Raum gesucht und gebildet werden, überall dort, wo Selbstorganisation von Widerstand etwa in Betrieb und Gewerkschaft oder zur Verbesserung der Lebenssituation mittels Genossenschaften um politische Anliegen sich entwickeln will. Die Zielbestimmung der politischen Parteien, die sich auf solche Bewegungen beziehen, hat erhebliche Folgen dafür, ob eine diskursive Atmosphäre entsteht oder ob Abgrenzungskämpfe und Ausschließungsprozesse überwiegen. So war es zum Beispiel, als die SPD in den 60er Jahren sich programmatisch darauf fixierte, die Lebensumstände der lohnabhängigen Massen im Rahmen eines Deals mit der wachsenden Wirtschaft zu heben. Was steht jetzt ins Haus? Sind die neu eingeführten Vorstellungen, um im Jargon zu bleiben, anschlussfähig?

Die Autorengruppe der Akzente hat theoretische Entwicklungen vor allem aus dem angelsächsischen Raum aufgegriffen.

Es geht dabei um die Theorie der Gerechtigkeit von John Rawls, um die Theorie der öffentlichen Güter, nachzulesen bei Musgrave, Stiglitz u.a., und um die von Searle entwickelte und für Deutschland von Luhmann ausgebaute Systemtheorie.

Aus diesen Läden stammen die Kleidungsstücke, aber was ist drunter? Es ist der Funktionär. Die Akzente können an keiner Stelle verleugnen, dass sie aus dem Winkel des leitenden Funktionärs in die Welt blicken. Nach dessen Bestimmung wird gesucht. Ob es im Staat, in der Wirtschaft oder in sozialen Organisationen ist. In den Abschnitten 1 bis 6, mit denen wir uns in dieser Ausgabe der PB befassen wollen (und die im Anhang auch dokumentiert sind), geht es vor allem um die Funktion des Staates.

### Ohne Staat wär's fad

Einen Zuordnung ihrer Position zu den gängigen Staatsauffassungen leistet die Autorengruppe in der folgenden Passage (siehe auch Dokument Seite 20ff.):

„Unser Sozialstaat ist, wie auch der Rechtsstaat, eine „Geschäftsgrundlage“ der Demokratie, wenngleich er dazu – wie übrigens auch der Rechtsstaat – immer wieder modernisiert werden muss. Wir

# Undifferenziertes Staatsverständnis ist interessengeleitet

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen daher den Staat nicht in konservativer Manier als Spitze der Gesellschaft, aber auch nicht in liberaler Weise als eine Art Dienstleister seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir bestimmen vielmehr den Staat in erster Linie als ein Instrument der Bürgerinnen und Bürger, die eigene Gesellschaft nach Gemeinwohl zu bestimmen. Den Sozialstaat messen wir auch daran, ob er seine Aufgabe, die materiellen Voraussetzungen gleicher Beteiligungsrechte zu gewährleisten, erfüllt.“

Die Funktionszuweisung (Spitze der Gesellschaft) wird hier ein wenig einseitig dem Konservatismus angehängt. Die Idee, dass sich im Staat ein höheres Wesen verkörpere, hatte und hat auch bei Sozialisten und Sozialdemokraten ihren Platz. Genauso wie die Tendenz zur Unterordnung staatlichen Treibens als Dienstleister nicht nur liberale Weise ist, sondern auch anarchistische und zu Teilen auch kommunistische. Aber diese Zuweisungen dienen auch nur als Hintergrund, vor dem die eigene Aussage sich abheben soll.

Der Staat soll also bestimmt werden als Instrument der Bürgerinnen und Bürger. Unter Instrument versteht der Duden\* letztlich ein Werkzeug, das keinen eigenen Willen hat, es kommt auf die Hand an, die es führt. Das ist nicht die Beziehung der Bürgerinnen und Bürger zur Staatsorganisation, ganz gewiss nicht in der repräsentativen Demokratie, von der ja die Rede ist.

Hier hat die Exekutive einen Ermessenspielraum, in ihm ist sie an das Recht gebunden. Materiell wird ihr durch den Haushalt ein Rahmen gezogen, den das Parlament bewilligt. Die Abgeordneten sind ihrem Gewissen verantwortlich. Das Gewissen der Abgeordneten wird von den Parteien bewertet, die sie (wieder)aufstellen oder nicht. Die Parteien werden in einem pauschalen und geheimen Verfahren von den Bürgerinnen und Bürgern bewertet.

Es liegt auf der Hand, dass das Staatsorganisation sich als besonderes System beträgt, für das die Bürgerinnen und Bürger eine Umweltbedingung sind. Da die Staatsorganisation Gesetze setzt und durchsetzt, wäre es noch eher denkbar, die Bürgerinnen und Bürger als Instrument der Regierung zu knechten, und nicht anderes hat in der Beziehung zwischen Führer und Volk gegolten.

Dieser Punkt ist so wichtig, weil er die Probleme betrifft, die bei der Ausbringung öffentlicher Güter bestehen. Sie werden im Vergleich zu Marktprozessen

sichtbar.

Für ein Unternehmen zentrieren sich die Beziehungen zur Umwelt auf die Frage, ob die Güter, die bereitgestellt werden, gekauft werden. Das ist eine Entscheidung, die sich aus der freien Wahl der Kunden ergibt und aus der eine harte Information für das Unternehmen folgt, die in der Gewinn- und Verlustrechnung sichtbar und wirksam wird.

Begreift man die Staatsorganisation zutreffend als ein System, das vor allem öffentliche Güter bereitstellt oder gewährleistet, ergibt sich die Frage, wie die Abnehmer jener Leistungen ihrer Meinung wirksam geltend machen können.

Der Katalog der öffentlichen Güter kann aus den Haushaltansätzen des Bundes, von Ländern und Gemeinden abgelesen werden. Es ist nicht geheim (wenn auch nicht leicht zu erfahren), was es ist, und auch nicht, was es kostet. Ferner kann ermittelt werden, wer den Segen abbekommt. Gesetz und Recht ist aber, dass die Bürgerinnen und Bürger auf diesen Angebotskatalog keinen unmittelbaren Einfluss nehmen können und dass die repräsentative Demokratie keinen Weg kennt, auf dem sie ihre Beurteilung geltend machen können.

Aus den freien Wahlen, die Bestandteil der repräsentativen Demokratie sind, folgen genau nicht Wahlfreiheiten in Bezug auf das Angebot öffentlicher Güter. Sie werden aus Steuern bezahlt, die von der Staatsorganisation zwangsläufig eingezogen werden.

Es entstehen ein Komplex von Problemen: Was angeboten wird, wie viel davon und was es kosten darf, bestimmt sehr weitgehend die Staatsorganisation selbst. Die unter dem Sammelbegriff Bürokratie gefassten daraus folgenden Tendenzen des staatlichen Systems sind bekannt.

Die Umwelt macht sich für die Staatsorganisation auf zwei Wegen fühlbar: Durch den Zufluss der Steuern und durch den Ausgang von Wahlen. Beide Informationen lassen sich nicht mit den Mitteln der kalkulierenden Kostenrechnung verarbeiten. Die Informationen, die das System aus der Umwelt bezieht, steuern die Leistungen, die das System erbringt, konkret nicht.

Warum nur sagt die Akzente-Gruppe zu diesem Problemkreis, über den sonst alle sprechen, wenn sie von der Bereitstellung / Gewährleistung öffentlicher Güter sprechen, nichts?

In der aktuellen Diskussion redet man über allerhand Verfahren, die sich zu Linderung des Problems eignen:

- die Kalkulation der Kosten, die durch

die Bereitstellung der entsprechenden Leistung entstehen;

– wo immer es möglich ist, Orientierung dieser Kosten an Marktpreisen und Übertragung der Ausführung an nichtstaatliche Dienstleistung;

– Überprüfung der Qualität der Leistungen (Schule, Gesundheit) durch wissenschaftliche Evaluation;

– harte politische Interventionsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger durch Volksentscheide etc.;

– weiche Interventionsmöglichkeiten durch Feststellung der Prioritäten, die von den Bürgerinnen und Bürgern gesetzt würden (Bürgerhaushalte).

Allen diesen Verfahren ist gemeinsam, dass sie die Verfügungsmacht von Funktionsträgern des staatlichen Systems letztlich einschränken.

Und das dürfte wohl der wunde Punkt sein.

Die Unterscheidung zwischen Gütern, die – etwa wie die öffentliche Sicherheit – zu gewährleisten sind, und solchen, die – etwa wie das aus der Schulpflicht folgende Schulangebot – bereitgestellt werden müssen, lohnt sich in vieler Hinsicht. Beide Male lässt sich ausrechnen, was es kostet. Aber während mit Blick auf die Schule die Rechnung sinnvoll ist, was die Ausbildung kostet, ist die Rechnung, was die Ergreifung eines Serienmörders kostet, nicht sinnvoll. Seit den Anfängen der modernen Volkswirtschaftslehre vor mehr als zweihundert Jahren wird zwischen den hoheitlichen Aufgaben des Staates und der Bereitstellung von Infrastruktur unterschieden.\*\* Warum hier nicht?

Die Folge dieser Pauschalbetrachtung: „Der Staat“ erscheint als ein in sich undifferenziertes Ganzes. Dabei wäre eine Betrachtung der sachlichen Ausdifferenzierung und der Ebenen sehr fruchtbar. Nur auf diesem Wege lassen sich Möglichkeiten finden, wie steuernde Einflüsse aus der Umwelt, in das staatliche System gelangen können, und zwar so, dass die möglichst freie Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger dort verbindlich wird und durchgesetzt werden kann.

Die undifferenzierte Zusammenfassung sämtlicher öffentlicher Gewährleistungen und Bereitstellungen ist für die Bündnispolitik ein großer Verlust. Die SPD wird sich auf diesem Wege vermehrt als Funktionärspartei darstellen, deren Loyalität letztlich den System gilt, in denen die Funktionsträger funktionieren.

Neben der pauschalen Vermengung ganz verschiedener Tätigkeiten, die dem Stand der modernen Diskussion in keiner Weise entspricht, gibt es noch einen

weiteren Problemkreis. Es geht hier um die Frage der Teilhabe an den öffentlichen Gütern.

Die moderne Soziologie, namentlich Pierre Bourdieu, hat sehr eindringlich und anschaulich gezeigt, dass die Bildung von Kulturkapital sehr davon abhängt, wie die öffentlichen Einrichtungen zu dem Lebensstil ihrer Nutzerinnen und Nutzer passen.

Bourdieu erwähnt als Beispiel den völlig unterschiedlichen Nutzen, den Kinder aus der gleichen Chance des öffentlichen Bildungsangebotes ziehen. Er weist darauf hin, dass im optimalen Fall sich das häusliche Milieu und das öffentliche Angebot glücklich ergänzen und potenzieren können, während z.B. Kinder aus dem Migrationsmilieu es nicht nur schwerer haben, die Chance zu fassen, sondern Vorexistenz ihrer Primärsozialisation durch spezifische zusätzliche Anstrengungen wegarbeiten müssen.\*\*\*

Die Strukturierung des Angebotes derartiger öffentlicher Güter bezieht sich auf Prozesse, die alles andere als öffentlich sind, die zum Lebensstil gehören. Da der Lebensstil – hoffentlich – nicht zur Debatte steht und weil die Strukturähnlichkeit, die Erschließung genau dieses öffentlichen Angebotes für genau jene Lebensweise nur wissenschaftlich aufgedeckt werden kann, lassen sich hinter der Phrase der gleichen Chance himmelschreitende Ungerechtigkeiten verbergen. Erst die Pisa-Studie hat aktenkundig gemacht, dass die Investitionen der BRD-Gesellschaft in ihr Schul- und Bildungswesen vor allem die Selbstreproduktion des gehobenen Mittelstandes finanziert, und den Ausschluss konkret spezifizierbarer anderer Teile der arbeitenden Klassen.

Diese Einwände richten sich nicht gegen den Ansatz, den die Akzente-Gruppe wählte. Im Gegenteil, es zeigt sich doch eher, dass die Probleme der Standortbestimmung, die die SPD hat, sich mit den Argumenten, die von diesen Theorien erschlossen werden, diskutieren lassen.

Zum Schluss soll noch eine kurze Parallele zur Programmdiskussion der PDS gezogen werden. Auch hier spielen jene Theorien tragende Rollen, wo aber in der Akzente-Ausführung ein verkehrtes Verhältnis von Bürger und Staat den Ausgangspunkt bildet, ist es hier, in Abkehr von der Erfahrung des Staatssozialismus, der Mensch und seine Freiheit, die durch Güter zu gewährleisten ist. Dabei kommt es klarerweise nicht nur auf die öffentlichen Güter an, die ein – zweifellos wichtiger – Spezialfall sind, sondern auch auf den Verteilungskampf mit dem Kapital. Vielleicht deswegen kann das PDS-Programm auch die Dominanz des kapitalistischen Verwertungsgedanken konstatieren und kritisieren. alk, maf

\* Duden, Deutsches Universalwörterbuch, Mannheim, 1983:

Instrument: ... 2. g. Mittel, dessen man sich (wie eines Werkzeugs) zur Ausfüh-

lung von etwas bedient: die Kirche, die Armee als ein I. des Staates; er hat den König zum [willenlosen] I. seiner ehrgeizigen Pläne gemacht.

\*\* Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen*, dtv, 2003, Seite 612

„Die dritte [neben Landesverteidigung und Justizwesen, PB] und letzte Aufgabe des Staates besteht darin, solche öffentlichen Anlagen und Einrichtungen aufzubauen und zu unterhalten, die, obwohl sie für ein großes Gemeinwesen höchst nützlich sind, ihrer ganzen Natur nach niemals einen Ertrag abwerfen, der hoch genug für eine oder mehrere Privatpersonen sein könnte, um die anfallenden Kosten zu decken, weshalb man von ihnen nicht erwarten kann, daß sie diese Aufgabe übernehmen. Auch ihre Erfüllung führt zu einer sehr unterschiedlichen Ausgabenhöhe, je nach dem Entwicklungsstand des Landes.“

Neben den bereits erwähnten Anlagen und Einrichtungen für die Landesverteidigung und das Justizwesen handelt es sich hier hauptsächlich um solche, die den Handel erleichtern und die Ausbildung der Bevölkerung fördern. Die Bildungsaufgaben bestehen zum einen in der Erziehung der Jugend, zum anderen in der Unterrichtung und Ausbildung von Menschen jeden Alters. In der Untersuchung, wie man die Ausgaben für diese unterschiedlichen Arten öffentlicher Einrichtungen und Anlagen am besten decken kann ...“

\*\*\* VSA Verlag, Hamburg 1997, Pierre Bourdieu, *Die verborgenen Mechanismen der Macht, Ökonomisches Kapital, Kulturelles Kapital – Sozialkapital*.

Der etwas apodiktische Eindruck, den mein „Axiomatisierungsversuch“ machen könnte, soll nicht täuschen: Der Begriff des kulturellen Kapitals hat sich mir bei der Forschungsarbeit als theoretische Hypothese angeboten, die es gestattete, die Ungleichheit der schulischen Leistungen von Kindern aus verschiedenen sozialen Klassen zu begreifen. Dabei wurde der „Schulerfolg“, d.h. der spezifische Profit, den die Kinder aus verschiedenen sozialen Klassen und Klassenfraktionen auf dem schulischen Markt erlangen können, auf die Verteilung des kulturellen Kapitals zwischen den Klassen und Klassenfraktionen bezogen. Dieser Ausgangspunkt impliziert einen Bruch mit den Prämissen, die sowohl der landläufigen Betrachtungsweise, der zufolge schulischer Erfolg oder Mißerfolg auf die Wirkung natürlicher „Fähigkeiten“ zurückgeführt wird, als auch den Theorien vom „Humankapital“ zu grunde liegen.

Das Dokument wird von Google unter der Adresse: [/www.spd.de/servlet/PB/show/1030253/akzente-neues%20grundsatzprogramm-1103.pdf](http://www.spd.de/servlet/PB/show/1030253/akzente-neues%20grundsatzprogramm-1103.pdf) gefunden.

## Dokumentation

des 1. Teils, Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe der *Politischen Berichte*.

Die Mitglieder der „Redaktionsgruppe Programmkommission“ der SPD:  
Detlev Albers, Gernot Erler, Michael Müller, Johano Strasser, Wolfgang Thierse, Heide-marie Wieczorek-Zeul

## Akzente eines neuen Grundsatzprogramms der SPD

### 1. Antworten auf die neuen Herausforderungen

Wir schreiben ein neues sozialdemokratisches Grundsatzprogramm vor dem Hintergrund der Globalisierung nicht nur der Ökonomie, sondern auch der Medien, der Informationen und Kultur. Sie greift mehr und mehr in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ein. Die wechselseitige Durchdringung von globaler Ökonomie, Weltgesellschaft und Weltkultur hat aber erst begonnen. Deshalb kommen wir nicht daran vorbei, vorausschauend nach „globalisierungsfähigen“ Antworten zu suchen, die eine gerechte, solidarische und demokratische Gesellschaft auch in Zukunft möglich machen.

Folgende Anforderungen stellen sich daher an ein neues Programm:

1. Wir brauchen einen theoretisch wie praktisch weiter reichenden Ansatz zur Formulierung sozialdemokratischer Politik als den Nationalstaat und seine Institutionen. Einen an die globalen Herausforderungen anschlussfähigen sowie strategisch fruchtbaren Ansatzpunkt bietet die Frage nach „öffentlichen Gütern“, auf deren Gewährleistung politisches Handeln zielt. Grundlegende Güter, wie Sicherheit, Nachhaltigkeit oder finanzielle Stabilität, lassen sich künftig auf nationaler Ebene allein nicht mehr erbringen. Sie bedürfen der internationalen Kooperation. Für Deutschland ist vor allem die Europäische Union ein Rahmen solcher Kooperationen. Weil der Staat der Motor und Garant, aber nicht immer der Erbringer öffentlicher Güter ist, müssen auch die staatlichen Kooperationen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene der Gesellschaft Handlungsräume eröffnen und notwendige Ressourcen gewähren.

2. Wenn wir die ausreichende Gewährleistung öffentlicher Güter strategisch in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Gerechtigkeitspolitik stellen – über den Sozialstaat und seine Leistungen hinaus –, halten wir die Menschen dort ab, wo sie mit den praktischen Problemen des Lebens konfrontiert werden. Soziale Gerechtigkeit ist ein allgemeines öffentliches Gut, das durch eine ganze „Infrastruktur“ von konkreten öffentlichen

Gütern gewährleistet wird. Ausgehend von den Bedürfnissen der Menschen müssen wir danach fragen, was die nötigen privaten und öffentlichen Mittel eines guten Lebens sind, die Grundlagen für individuelle Freiheit und Chancengleichheit./1/

3. Ein Maß für innergesellschaftliche Verteilungsgerechtigkeit sind mehr und mehr konkrete Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten. Ein Grundsatzprogramm der SPD muss nicht nur Aussagen über den Umfang und die Qualität der öffentlichen Güter machen, sondern zeigen, dass der angestrebte Wohlstand ökonomisch realisierbar und damit auch die Güter finanziert sind. Dies ist möglich, weil die meisten öffentlichen Güter volkswirtschaftlich Infrastrukturgüter sind, die der Wirtschaft zugute kommen, indem sie Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsvermögen und Mobilität steigern, sowie die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, die wachsende ökonomische Relevanz bekommt. Wir sehen in diesen Faktoren den Schlüssel für eine moderne Wachstumsstrategie. Sie setzt nicht nur bei der Angebotsseite des Arbeitsmarktes und des Standortes an, sondern bezieht auch diejenigen Standort- und Leistungsfaktoren ein, die nur durch öffentliche Güter gestärkt werden, wie die Kooperationsbereitschaft der Menschen und eine nicht kommerziell eingegrenzte Kreativität. Sie führen in eine höhere Qualität des Wachstums.

4. Der Grund dafür, dass die Sozialdemokratie die Bewahrung und die Bereitstellung öffentlicher Güter in den Mittelpunkt ihrer Programmatik stellen muss, ist die Bedeutung öffentlicher kultureller und sozialer Güter für die Demokratie. Eine humane Gesellschaft ist nur möglich, wenn diese ausreichend und in großer Vielfalt bereitgestellt werden. Eine demokratische Gesellschaft braucht den kulturellen und sozialen Zusammenhalt, den diese schaffen und das Kooperationsgefüge, das zu einer lebendigen Zivilgesellschaft gehört.

## 2. Grundwerte

Der Auftrag des Bundesparteitages von 1999, das Grundsatzprogramm der SPD zu „überarbeiten und neu zu formulieren“, steht unter der Vorgabe, dass die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität „Maßstab und leitende Prinzipien unserer Politik“ bleiben. Für das sozialdemokratische Verständnis dieser Grundwerte gilt das, was im Berliner Programm formuliert wurde.

Die Würde des Menschen ist Ausgangs- und Zielpunkt unseres Handelns. Die SPD spricht alle Menschen als selbstbewusste Akteure ihres eigenen Lebens an, die genau darin unvertretbar sind, ihr eigenes Leben selbst zu bestimmen und zu leben. Zugleich und in gleichem Maße sind sie gesellschaftlich gebundene Akteure, vor allem dadurch, dass ihre Chancen und Ressourcen gesellschaftlich be-

stimmt sind, sie also in sozialen Zusammenhängen leben. Deshalb müssen die gesellschaftlichen Zusammenhänge so gestaltet werden, dass sie gleiche Beteiligungsrechte für alle garantieren, dass alle gleichberechtigt die Handlungsräume mitgestalten können.

In unserem neuen Grundsatzprogramm werden wir daher sowohl ein ökonomisch-liberalistisches, als auch ein auf staatliches Handeln verengtes Gerechtigkeitsverständnis vermeiden. Was in demokratischen Gesellschaften zunächst und vor allem im politischen Bereich gilt, dass Einschränkungen der Freiheit nur /2/ zu rechtfertigen sind, wenn sie zur Verwirklichung der Freiheit aller notwendig sind, soll prinzipiell auch in allen anderen Bereichen unserer Gesellschaft bestimmt werden. Das Prinzip der gleichen Freiheit, zu dem untrennbar das Prinzip der gleichen Verantwortung gehört, erfordert gleiche Beteiligungsrechte, die gerechte Verteilung und eine gerechte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum.

Deshalb sollte sich die SPD den Fragen der sozialen Gerechtigkeit besonders unter dem Gesichtspunkt der Beteiligungsgerechtigkeit stellen. Beteiligungsgerechtigkeit hat eine gerechte Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten gesellschaftlichen Reichtums zur notwendigen Voraussetzung. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen den Bedarf decken können, um gleiche Beteiligungsrechte auch gleichermaßen verwirklich zu können. Es ist unser Ziel, dass nicht Personen oder Personengruppen auf Grund höherer Einkommen oder Vermögen außerordentliche Einflussmöglichkeiten aufbauen und dadurch die Beteiligungsmöglichkeiten anderer beschädigen können.

## 3. Das Prinzip allgemeiner und gleichberechtigter Beteiligung

Innerhalb der SPD besteht ein breiter Konsens, sozialdemokratische Politik grundsätzlich vom Prinzip der allgemeinen und gleichberechtigten Beteiligung her zu bestimmen. Deshalb plädieren wir dafür, das neue Grundsatzprogramm auf dieser normativen Grundlage auszuarbeiten und so die sozialdemokratische Programmatik fortzuschreiben.

Das Prinzip allgemeiner und gleichberechtigter Beteiligung findet unter Sozialdemokraten verschiedene Begründungen und Auslegungen: Vom „Dritten Weg“, der die sozial-moralischen Voraussetzungen allgemeiner Beteiligung, die Freiheiten und Chancen, wie die Pflichten der Menschen hervorhebt, über „Soziale Demokratie“, die die gesellschaftlichen und verteilungsbezogenen Voraussetzungen allgemeiner Beteiligung konkretisiert, bis zum „Demokratischen Sozialismus“, der auf eine kontinuierliche Ausweitung gleichberechtigter Beteiligung auch auf die wirtschaftlichen Bereiche der Gesellschaft zielt. Diese Leitideen heben unterschiedliche Aspekte einer beteiligungsorientierten Politik her-

vor, die den Horizont sozialdemokratischer Politik umfassend abstecken. Deshalb müssen sie prägender Bestandteil eines neuen Grundsatzprogramms sein. „Demokratischer Sozialismus“ ist nicht nur ein Schlüsselbegriff unserer Geschichte, sondern er bündelt auch Hoffnungen, Zukunftsvorstellungen und Orientierungen der Sozialdemokratie heute.

Mit einem vom *Prinzip allgemeiner und gleichberechtigter Beteiligung* her begründeten Grundsatzprogramm kann die SPD an ihre Tradition der Ausweitung demokratischer Mitbestimmung anknüpfen („Mehr Demokratie wagen“). Darin unterscheiden sich Sozialdemokraten von Konservativen, die eine Gesellschaft allgemeiner und gleichberechtigter Beteiligung scheuen, oder Wirtschaftsliberalen, die die sozialen Kosten einer solchen Gesellschaft nicht aufbringen wollen. Eine beteiligungsorientierte Programmatik ist anschlussfähig für die große /3/ Mehrheit der gesellschaftlichen Akteure – und damit ein stabiles Fundament gesellschaftspolitischer Kooperation.

Eine vom *Prinzip der allgemeinen und gleichberechtigten Beteiligung* her konzipierte Programmatik ist zwar chancenorientiert, macht aber nicht das Prinzip gleicher Chancen zum alleinigen Maßstab sozialdemokratischer Politik. Zwar müssen wir in vielen Bereichen unserer Gesellschaft, vor allem im Bereich Bildung und Ausbildung, Chancengleichheit durchsetzen. Doch die Forderung nach gleichen Rechten und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Beteiligung besteht als dauerhafte Verpflichtung zwischen den Bürgerinnen und Bürger und verträgt sich daher nicht mit der Vorstellung lediglich gleicher Startchancen, auf deren Grundlage alle Menschen ihres eigenen Glückes Schmied und deshalb von wechselseitigen Verpflichtungen befreit sind.

## 4. Öffentliche Güter und kooperativer Staat

Die Bundesrepublik ist heute im historischen wie im internationalen Vergleich eine reiche Gesellschaft – mit großen Lebenschancen für die meisten der in ihr lebenden Menschen. Die dieses Reichtum ausmachenden Güter und Dienstleistungen werden zumeist privat erstellt und angeeignet. Dem weiterhin wachsenden privaten Konsum steht ein öffentlicher Konsum gegenüber, der über die Jahre hinweg rückläufig und im Vergleich mit dem privaten unterentwickelt ist.

Fehlende, unzureichende oder qualitativ schlechte öffentliche Güter können aber nicht immer und schon gar nicht von allen durch privaten Konsum kompensiert werden. Damit werden Lebens- und Zukunftschancen von vielen Menschen beeinträchtigt. Die Chancen zur gesellschaftlichen Beteiligung werden ungleich verteilt. Auch die Chancen der kommenden Generationen werden be-

einrägtigt, wenn die notwendigen Investitionen in den Bereichen von Kindererziehung und Bildung, für den Erhalt der natürlichen Ressourcen dieser Gesellschaft oder für die Infrastruktur nicht getätigt werden.

Um den Wohlstand der in der Bundesrepublik lebenden Menschen zu verbessern und deren Chancen auf gesellschaftliche Beteiligung gerechter zu verteilen, aber auch um die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft zu steigern und deren strukturelle Krise zu überwinden, muss der Bereich der öffentlichen Güter strategisch entwickelt werden. Zugleich ist das Konzept der öffentlichen Güter notwendig, um den kulturellen Pluralismus und damit den fruchtbaren Boden für eine gedeihliche gesellschaftliche Entwicklung zu erhalten. Weil das gesellschaftlich und volkswirtschaftlich vernünftig ist, ist die SPD gefordert, sich für ein neues Zeitalter öffentlicher Güter zu engagieren und als deren Wegbereiter zu profilieren.

Wenn die Sozialdemokratie den Bereich der öffentlichen Güter politisch forcieren wollen, müssen wir der neoliberalen Vision vom schlanken Staat widersprechen. Öffentliche Güter sind zwar keineswegs staatliche Güter, sie sind aber nicht ohne staatliche Aktivitäten in modernen Gesellschaften möglich.

Wir wollen eine grundlegende Modernisierung des Staates und seiner Institutionen. Ihnen obliegen vor allem die Aufgaben, die

- zur Bereitstellung dieser Güter notwendigen Mittel aufzubringen oder sie im notwendigen Umfang anzuregen, wenn er diese nicht selbst erbringt;
- den gleichberechtigten Zugang zu den öffentlichen Gütern sicherzustellen sowie deren hinreichende Qualität zu kontrollieren.

In Deutschland hat sich über Jahrzehnte hinweg ein Mischsystem aus staatlichen, gesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Produzenten öffentlicher Güter entwickelt und bewährt. Diese Entwicklung bestimmt unser Bild von einem *kooperativen Staat*, der – demokratisch kontrolliert – seine Aufgaben in Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen sowie privat-wirtschaftlichen Akteuren erfüllt, dabei diesen die notwendige Unterstützung gibt und Entwicklungsmöglichkeiten gewährt.

Ein *kooperativer Staat* ist kein starker Staat, da er zu Erfüllung seiner Aufgaben auf nicht-staatliche Kooperationspartner angewiesen ist. Er ist aber auch kein schwacher Staat, da er in diesem Kooperationsverhältnis die Macht haben muss, die notwendigen Finanzmittel gesellschaftlich einzufordern und den Umfang und die Qualität der Leistungen zu kontrollieren. Dadurch braucht er einen entsprechenden Teil des verfügbaren Volkseinkommens, führt diesen aber dem öffentlichen Konsum zu und wirkt so produktiv und volkswirtschaftlich dyna-

misch.

Die Sozialdemokratie hält auch weiterhin das Prinzip der Leistungsfähigkeit für wohl begründet und für eine gerechte Aufbringung der öffentlichen Ausgaben geeignet. Auch eine hohe Transparenz bei Steuern und Beiträgen ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Andererseits darf ein kooperativer Staat nicht die Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand geben, seine politischen Zielstellungen mit Hilfe differenzierter Steuer- und Beitragssätze den gesellschaftlichen, vor allem aber den privatwirtschaftlichen Akteuren gegenüber durchzusetzen. Der kooperative Staat findet seine gesellschaftliche Akzeptanz durch effektive Nutzung seiner Einnahmen, durch ein Angebot an qualitativ hochwertigen öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, sowie durch eine gerechte Verteilung der notwendigen Belastungen.

## 5. Soziale Demokratie und Wirtschaftsdemokratie

Die Bundesrepublik hat sich über die Jahrzehnte hinweg zu einer stabilen demokratischen Gesellschaft entwickeln können. Wurden zunächst die auf den Staat bezogenen Bereiche demokratisch geordnet und dadurch an die Souveränität der Bürgerinnen und Bürger gebunden, so wurden mit unseren Reformen zunehmend auch andere Bereiche, wie etwa Schule und Hochschule oder die Betriebe stärker demokratisiert. Für diese Ausweitung der Demokratie haben sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unter Willy Brandt unter dem Motto „*Mehr Demokratie wagen*“ engagiert.

Nur in einer demokratischen Gesellschaft lässt sich unser Ziel allgemeiner und gleichberechtigter Beteiligung verwirklichen. Deshalb setzen wir das Projekt „*Mehr Demokratie wagen*“ auch im 21. Jahrhundert fort. Wir sehen uns gefordert, die politischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger auszubauen sowie deren materiellen Voraussetzungen zu gewährleisten. Dabei halten wir insbesondere die demokratische Kontrolle der marktwirtschaftlich verfassten Ökonomie gerade wegen der Globalisierung für notwendig und erweiterungsfähig.

### Soziale Demokratie

Demokratische Gesellschaften werden von der Idee allgemeiner und gleichberechtigter Teilhabe her geordnet. Dazu wird zunächst der Staat, dann auch andere gesellschaftliche Bereiche an öffentliche Entscheidungsprozesse gebunden. Bürgerinnen und Bürgern werden gleiche Mitwirkungsrechte eingeräumt.

Mit der Gewährung gleicher Rechte ist es aber nicht getan, da gleiche Rechte auch gleichberechtigt verwirklicht werden müssen. In einer demokratischen Gesellschaft haben daher gleiche Rechte auch gesellschaftliche Voraussetzungen, zu denen nicht zuletzt die gerechte Teil-

habe am gesellschaftlichen Reichtum sowie eine Verringerung der sozialen Ungleichheiten gehört. So wie sich die Bürgerinnen und Bürger nur über den Rechtsstaat gleiche Rechte der Beteiligung zusprechen können, so brauchen sie den Staat auch dazu, die gesellschaftlichen, zumal die verteilungsbezogenen Voraussetzungen dieser Rechte zu gewährleisten.

Unser Sozialstaat ist, wie auch der Rechtsstaat, eine „Geschäftgrundlage“ der Demokratie, wenngleich er dazu – wie übrigens auch der Rechtsstaat – immer wieder modernisiert werden muss. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen daher den Staat nicht in konservativer Manier als Spalte der Gesellschaft, aber auch nicht in liberaler Weise als eine Art Dienstleister seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir bestimmen vielmehr den Staat in erster Linie als ein Instrument der Bürgerinnen und Bürger, die eigene Gesellschaft nach Gemeinwohl zu bestimmen. Den Sozialstaat messen wir auch daran, ob er seine Aufgabe, die materiellen Voraussetzungen gleicher Beteiligungsrechte zu gewährleisten, erfüllt.

Soziale Demokratie heißt für uns nicht nur, die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie immer wieder zu gewährleisten, sondern auch, sich für die Ausweitung der Demokratie über den auf den Staat bezogenen politischen Bereich hinaus in allen Bereichen der Gesellschaft zu engagieren. Dabei wissen wir, dass nicht überall die gleichen Regeln gelten müssen, um die Souveränität von Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Bei der weiteren Demokratisierung dieser Gesellschaft geht es daher nicht um die Ausweitung des im Bereich des Staates bewährten Regelwerks, sondern darum, jeweils passende Regelwerke zu finden.

Berlin, den 6. November 2003

---

### Fortsetzung im nächsten Ausgabe der Politischen Berichte:

Mit den Abschnitten:

#### 5. Soziale Demokratie und Wirtschaftsdemokratie

Wirtschaftsdemokratie

Soziale Demokratie

#### 6. Nachhaltigkeit: Kooperation und qualitativer Wettbewerb im Interesse der Zukunft

#### 7. Gute Arbeit – Arbeit für alle

Qualifikation – Schlüssel für gute Arbeit Rechte

Arbeit für alle

Demografischer Wandel in der Arbeitswelt

Verlässliche soziale Absicherung

Vorsorgende Sozialpolitik: Investition in

das Arbeitsvermögen

#### 8. Europäische Wirtschaftspolitik für Wachstum und Beschäftigung

#### 9. Globale Solidarität und Frieden

## Leseempfehlung

# Der gute Arzt

Klaus Dörner hat unter diesem Titel sein „Lehrbuch der ärztlichen Grundhaltung“ veröffentlicht. Es ist für Ärzte und ebenso für Schwestern und Pfleger, für alle, deren Aufgabe es ist, chronisch Kranke, pflegebedürftige alte Menschen oder Behinderte zu betreuen. Es liefert viel Stoff zum auch selbstkritischen Nachdenken und für Diskussionen, für die Entwicklung einer „Beziehungsmedizin“, wo der Arzt als Beziehungswissenschaftler aus den Grundlagenwissenschaften Physik und Chemie seine Kenntnisse bezieht und aufgrund von „un-menschlicher“ Theorie menschlich zu verantwortende Entscheidungen zu treffen hat.

Dörner beschreibt, wie mit der Entwicklung der Naturwissenschaften und der Entwicklung der großen Industrie ab 1800 die Versorgung der Kranken, Alten und Behinderten aus den damals vorherrschenden großen Haushalten, die gleichzeitig Produktionsstätten waren, zunehmend in kirchliche oder staatliche Institutionen verlagert wurde, um die Arbeitskräfte von ihrer sozialen Verantwortung zu entlasten, damit sie ganz für die Lohnarbeit zur Verfügung stehen. So wurden allgemeine Versorgungs-Regeln aufgestellt. Wo es früher der Opa war, zu dem eine persönliche Beziehung gepflegt wurde, war er jetzt der verwirrte Alte in Zimmer x. Von da aus kann der „Entlastungsgedanke“ sich insbesondere in Zeiten knapper Staatskassen weiter ausbreiten und gefährdet die Alten, Behinderten und chronisch Kranken in den Institutionen seelisch und körperlich.

Klaus Dörner hat sich maßgeblich für Veröffentlichungen über die Medizin im Faschismus eingesetzt. Er war und ist der Behindertenbewegung und der Entwicklung der Selbsthilfeorganisationen der chronisch Kranken bzw. ihrer Angehörigen eine wesentliche Stütze. Er sieht in diesen Organisationen wichtige Keime für die notwendigen Änderungen, für die Kulturrevolution im Gesundheitswesen in Richtung „Gemeindemedizin“. Daher betrachtet er es auch als unabdingbare ärztliche Aufgabe, solche Organisationen zu initiieren und zu unterstützen. Auf diesem Hintergrund ist zu verstehen, wenn er die Deinstitutionalisierung, die Schließung von Pflegeheimen, von Krankenhäusern usw. als „Befreiungsbewegung“ bezeichnet.

Er ging den ideologischen Wurzeln der Vernichtung „unwerten Lebens“ im Dritten Reich nach und deckt auf, wie diese zerstörerischen Vorstellungen bis zum Ende des 19. Jh. bereits ausformuliert waren und sich seither gehalten haben. Seit dem Beginn der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit etwa um 1980, die die Gesellschaft spaltet in die Starken und

Gesunden, die eingestellt werden, und die Schwächeren und Kranken, die arbeitslos sind und bleiben, breiten sich wieder Vorstellungen von verschiedenem Wert von Menschen aus, z.B. scheinbar harmlos, wenn z.B. von der „Lebensqualität“ gesprochen wird.

Das ist Klaus Dörner ein wichtiges Anliegen: die Ärzte und Pflegenden sollen sensibilisiert werden, damit sie genug ideologische Widerstandskraft entwickeln gegen die „Be-Wertung“ von Menschen. In den Kapiteln „Arzt vom Anderen her“ und „Arzt vom Letzten her“ arbeitet er dies am schärfsten heraus. Jeder einzelne Arzt „muss vor sich und anderen mit Überzeugung sagen können, dass er für alle seine Patienten in gleicher Weise da sei. Das kann er aber nur, wenn er die formale Gerechtigkeit materiell in die Sorge- oder Verantwortungshaltung des Arztes vom Anderen her einbettet. Diese zwingt ihn zu der heillosen Überforderung, dass er sich für den Schwächen, Hilflosen, Benachteiligten und Letzten seiner Patienten, bei dem es sich am wenigsten lohnt, am meisten engagiert, um ihm auch nur zur Chancengleichheit mit seinen besser gestellten Patienten zu verhelfen. Ich habe – kompensatorisch – mit dem Letzten zu beginnen; denn beginne ich mit dem Vorletzten, wird der schon so viel Mühe machen, dass ich zu dem Letzten nie mehr kommen werde, ihn endgültig abgeschrieben habe ... Natürlich kann kein Mensch zu Lebzeiten diese Überforderungsnorm erfüllen, schon gar nicht immer. Aber so wahr es zu dieser Norm keine Alternative gibt, wenn die Gesellschaft nicht in einen Kampf aller gegen alle verfallen will, so wahr ist es auch: Wenn nicht nur ich, sondern alle diese aus der Transzendenz des Anderen in mich einbrechende Norm für wahr halten und ihr nur, wenn sie gerade die Kraft dazu haben, vielleicht einmal am Tag – vorübergehend – folgen, dann werden zwar nicht – im biblischen Sinn – die Letzten die Ersten sein (dafür sind wir Menschen), aber sie werden auch nicht als irrationaler Rest abgeschrieben und den jeweiligen Spielarten destruktiver Entwürdigung ausgeliefert sein – das beste menschenmögliche Ergebnis ...“ (S.105) Das ist eine schwere moralische Bürde für Ärzte und Pflegende, was aber eher entmutigt und demoralisiert. Wie soll das jemals klappen?

Jeder wünscht sich so einen Arzt, der sich auf dem Hintergrund seines Wissenssprungs dem konkreten Patienten

väterlich, kollegial und mütterlich zuwendet. Die Frage nach den Hinderungsgründen, die in dieser Gesellschaft und eben nicht nur in der ärztlichen Grundhaltung wurzeln, kommen in dem Buch etwas zu kurz. Vielleicht war deshalb die FAZ so des Lobes voll?

Die Misere im Gesundheitswesen hat eben auch etwas mit der kapitalistischen Marktwirtschaft zu tun. „Zunächst aber haben wir die Beschreibung der Gefahren der heutigen Machtkonzentration von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft zu verdichten. Der Zwang, immer neue Märkte zu erschließen, hat auch zur Folge, dass immer neue Befindlichkeitsstörungen ... pathologisiert und zu behandlungsbedürftigen Krankheiten umdefiniert werden – der rein zweckrational und widerlegbaren Idee der Herstellung einer leidensfreien Gesellschaft aus lauter leidensfreien, damit allerdings auch entwicklungsunfähigen, infantilen Menschen folgend“ (S.318), die dann auch leichter lenkbar sind. Es werden tatsächlich Krankheiten erfunden, Normwerte werden verändert, um Absatz für neue Medikamente zu schaffen, deren Nebenwirkungen immer grausamer werden, aber keiner trägt dafür die Verantwortung. Die Patienten erhalten Waschzettel mit den Risiken und sollen selbst entscheiden. Die Ärzte haben Kompetenz und Autonomie und Verantwortung verloren und sich als Arzt aufgegeben. „Je technischer die Medizin, desto größer werden Risiken, Kosten, soziale Folgen und ethische Probleme und damit der Einfluss nichtmedizinischer Experten auf ärztliches Handeln; Einschränkung des Spielraums durch Richtlinien, Leitlinien, Standards, Ethikkommissionen, aber auch Konsumentenwünsche und juristische Bewertung ...“ (S.321)

In seinem Buch „Die Gesundheitsfalle“ beschreibt Klaus Dörner Gesundheit als ein harmonisches Verhältnis zwischen Autonomie, Sorge für sich selbst, und sich für andere oder anderes verausgaben. Krank ist, wer sich nur um sich selber kümmern kann. Diese Art „Autonomie“ sei heute modern, verkomme zum Selbstzweck, sei nicht sozial bezogen, und – so

Dörner – auf diese Weise werden allmählich alle Gesunde in Kranke verwandelt und vermarktet. Dörner liefert viele historische, philosophische und praktische Argumente für die notwendige Diskussion in der ganzen Gesellschaft um die Frage: „Was ist gesund und was ist krank“.

sul

Klaus Dörner, *Der gute Arzt*, Lehrbuch der ärztlichen Grundhaltung, 370 S. 39,95 Euro.

Klaus Dörner, *Die Gesundheitsfalle*, woran unsere Medizin krankt, Zwölf Thesen zu ihrer Heilung, 200 S. 18,00 Euro.



## Einladung zur Linken Schule der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS

### 2.-4. Januar, Sonderhausen

Anreise am 1.1. abends, Ende 4.1. mittags.

**Die Kurse** wurden in der letzten Ausgabe ausführlich angekündigt. *Kurs Wirtschaft*: Organisation der Weltwirtschaft: Die Weltwirtschaft und die Interessen der BRD; Institutionen der Weltwirtschaft; Ausblick: Welche Perspektive bieten die Organisationen und mächtigen Akteure der Weltwirtschaft an? Was sind die Kritiken? Gegenstrategien? *Kurs Philosophie*: Die kommunitaristische Debatte. Der Kurs Geschichte fällt in diesem Winter aus.

**Ort:** Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99705 Sonderhausen, Tel. (0 36 32) 78 22 59. Die Preise für Unterkunft und Verpflegung haben sich gegenüber dem Sommer nicht verändert: Die Übernachtung kostet pro Person und Tag 21,- / Einzelzimmer/Doppelzimmer. Die Verpflegung bei Essenseinnahme von Do Abend bis So früh 45,-, bei Einnahme Einzelverpflegung pro Mahlzeit 5,20,-, pro Kaffeemahlzeit 1,60,-.

**Anmeldung:** (bitte schnell und möglichst verbindlich bei) Christiane Schneider, c/o GNN, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20; Fax (0 40) 43 18 88 21, eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

**16./17. Januar, Leipzig:** 9. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Leipzig

**30./31. Januar 2004, Berlin:** Europawahlparteitag und VertreterInnenversammlung der PDS zur Aufstellung der Liste für die Europawahlen

**31. Januar 2004, Berlin:** „Gewerkschaften in der Krise – wie weiter?“ Konferenz der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Anreise am Freitag, 30.1.04. Thema bleibt: „Gewerkschaften in der Krise – wie weiter?“ Hauptreferat von Detlef Hensche, ehem. Vorsitzender der IG Medien.

**7. Februar 2004, Fulda:** Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Sitzung des Arbeitsausschusses, Ort: DGB Jugendbildungsstätte, 10.30 Uhr

**7. Februar, München:** 12 Uhr, Demonstration gegen die NATO-“Sicherheitskonferenz. Auftakt: Marienplatz, Abschluss: Tagungsort der NATO-“Sicherheitskonferenz“ (Schlusskundgebung am Lenbachplatz); Infotelefon des Aktionsbündnisses gegen die sog. NATO-“Sicherheits“-Konferenz 0174-888 96 51, [www.no-nato.de](http://www.no-nato.de), [www.attac-muenchen.de](http://www.attac-muenchen.de), [www.muenchen-gegen-krieg.de](http://www.muenchen-gegen-krieg.de), [www.muenchner-friedensbundnis.de](http://www.muenchner-friedensbundnis.de)

**29. Februar, Hamburg:** Voraussichtliche Neuwahlen zu Bürgerschaft und Bezirksversammlungen

**20. März, weltweit/bundesweit:** Internationaler Aktionstag gegen den Krieg, Aufrufer: (u.a.) Europäischer Sozialgipfel in Paris, in Deutschland sind bis jetzt Aktionen in: Ramstein, Protestmarsch „Stillhalten ist tödlich“ (<http://www.ippnw.de/ramstein>) zur US Airbase Ramstein, Hamburg, Berlin geplant, Infos über Aktionen in den USA: <http://www.internationalanswer.org/campaigns/m20/index.html>

**3./4. April 2004, Fulda:** Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. 10.30 Uhr, DGB Jugendbildungsstätte

**3. April:** Europaweiter Aktionstag gegen Sozialabbau. Es ruft auf: Europäischer Gewerkschaftsbund u.a.

**10./11. Mai 2004, Bonn:** Nationaler Städtebaukongress

**15./16. Mai:** Kommunalpolitische Konferenz der PDS

**23. Mai 2004:** Bundespräsidentenwahl

**13. Juni 2004:** Europawahl; Landtagswahl in Thüringen; Kommunalwahlen in: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen.

**27. Juni 2004:** Kommunalwahl in Thüringen.

**5. September 2004:** Landtagswahl im Saarland

**19. September 2004:** Landtagswahl in Brandenburg und Sachsen

**26. September 2004:** Kommunalwahl in NRW



**Frank Pieper:**  
100 Jahre  
Weltmachtstreben.  
Deutsche Mitteleuropa-  
konzepte vom Kaiser-  
reich bis Joschka Fischer

**Jörg Kronauer:**  
Revanchistische  
Tendenzen im Kontext  
der EU-Erweiterung

**24. Januar 2004  
14.00 Uhr**

Köln, Bürgerzentrum  
Alte Feuerwache  
Melchiorstr. 3  
Kleines Forum

Veranstalter:  
Herausgabekreis der  
Antifaschistischen Nachrichten  
Infos: Tel. 0221-21 16 58